# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Bestellgeld. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 I.

## Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierspaltige Petitzeile 30 Pf., Stellengesuche 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Versammlungsanzeigen rc. 10 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 48. | Berlin, den 27. November 1909. | 25. Jahrgang.


## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die **neuen Adressenverzeichnisse** sind in den letzten Tagen an die Gau- und Zahlstellenbevollmächtigten versandt worden. Sollten die Verzeichnisse bis zum 29. d. M. irgendwo nicht eingetroffen sein, ersuchen wir, uns entsprechende Mitteilung zugehen zu lassen, damit wir die Zusendung nachholen können.

2. Dem Kollegen **Franz Wäber**, geboren 22. Juli 1879 in Nixdorf (B.-Nr. 10 847), ist sein Mitgliedsbuch mit Unterstützungslegitimation abhanden gekommen. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß der Versuch gemacht wird, auf das Buch unrechtmäßigerweise Unterstützung zu erheben, ersuchen wir die Unterstützungsauszahler, hierauf zu achten und das Buch eventuell einzuziehen und an uns einzusenden.

3. **Ausgeschlossen auf Grund des § 15 b** des Statuts wurden in Berlin der Buchbinder Hermann Reichert aus Stuttgart (B.-Nr. 17 258), der Kartonnieter Max Kowalski aus Gollub (B.-Nr. 82 030) und die Buchbindereiarbeiterin Amalie Rauser aus Stuttgart (B.-Nr. 11 307).

**Der Verbandsvorstand.**

## Marx und die Gewerkschaften.

Die Auseinandersetzungen der letzten Jahre zwischen Marxisten und Gewerkschaftsführern könnten den Anschein erwecken, als bestehe zwischen Marxismus und Gewerkschaftsbewegung ein tiefer Gegensatz, als stellten die Marxsche Theorie und die gewerkschaftliche Praxis zwei einander feindliche Richtungen in der Arbeiterbewegung dar. Eine solche Auffassung wäre aber grundfalsch. Im Gegenteil hat die Marxsche Theorie die allerhöchste Wichtigkeit für die Gewerkschaften; sie ist in gleich hohem Maße die Theorie des Gewerkschaftskampfes, als sie eine Theorie der sozialistischen Bewegung ist.

Marx hat erst durch seine ökonomische Theorie den Gewerkschaften eine richtige Theorie als Unterlage für ihre Praxis gegeben. Ihre Taktik beruht auf dieser Theorie, und eine andere Theorie muß notwendig zu einer anderen Taktik im Gewerkschaftskampfe führen.

Wo der Marxismus nicht durchgedrungen ist, herrscht die bürgerliche Auffassung der Gesellschaft. Die bürgerliche Theorie sieht in Arbeitern und Unternehmern nicht einander gegenüberstehende Klassen, sondern zusammenwirkende Assoziierte, die beide dasselbe Interesse an der Blüte des Betriebes haben und zusammen der Außenwelt der Konsumenten und Konkurrenten gegenüberstehen. Mag dabei ein gelegentlicher Zank um die Teilung des gemeinsamen Arbeitsertrages vorkommen, Vertrag und Frieden bleiben das Normale, die Regel, und Gemeinsamkeit der Interessen bleiben die Grundlage. Diese Theorie, daß Arbeiter und Unternehmer zusammen den Ertrag des Betriebes teilen, findet ihre Praxis in der „gleitenden Lohnskala", die die Arbeiter daran hindert, in der Verbesserung ihrer Lebenshaltung stetig vorzudringen. Die bürgerlich-ökonomische Lehre, daß der Preis durch den Lohn bestimmt wird, hat sogar dazu geführt, dem Lohnkampf jeden Nutzen abzusprechen, da jede Lohnerhöhung durch eine entsprechende Preiserhöhung aller Waren wettgemacht werde.

Demgegenüber hat Marx' Theorie den Arbeitern ihre wirkliche Lage als Ausgebeutete des Kapitals kennen gelehrt. Das Kapital sucht seinen Profit durch Herunterdrückung des Lohnes zu vergrößern und daher müssen umgekehrt die Arbeiter energisch für Erhöhung des Lohnes und Verringerung der Ausbeutung kämpfen. Das geht fast immer auf Kosten des Profits. Die gewerkschaftlichen Kämpfe sind ein Kampf der Klassen, zwischen denen ein tiefer Interessengegensatz besteht. Die Marxsche Theorie ist daher eine Kampftheorie; sie treibt die Arbeiter zum unermüdeten Kampfe zur Verbesserung ihrer Lebenslage. Ihre Früchte sehen wir überall, wo eine starke sozialistische Bewegung sie zum Gemeingut der Massen gemacht hat, wie in Deutschland, in Oesterreich, in Schweden. Dagegen wird aus den Ländern, wo die bürgerliche Friedenstheorie vorherrscht, aus England und Amerika, wiederholt geklagt, daß es den Gewerkschaften an der richtigen Kampfeslust fehlt und daß sie bei einer anderen Taktik mehr erringen könnten. Wo nach der Marxschen Lehre die Gewerkschaftskämpfe als Klassenkämpfe aufgefaßt und geführt werden, erzeugen sie in dem Proletariat einen hohen Idealismus. Mit der bürgerlichen Theorie geht ein beschränkter Egoismus zusammen, der in Amerika sogar zu erschreckenden Fällen von Korruption der Gewerkschaftsbeamten geführt hat.

Die Marxsche Mehrwertlehre bildet also die theoretische Grundlage zu einer richtigen Gewerkschaftsbewegung. Zugleich weist die weitere Theorie der kapitalistischen Entwickelung die Gewerkschaften auf weitere Ziele hin. Sie dürfen sich nicht auf den bloßen Lohnkampf beschränken, der seine Grenzen hat, sondern sie sollen zugleich die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft ins Auge fassen.

Marx hat zuerst die große revolutionäre Bedeutung der Gewerkschaften erkannt. Das bringt der realistische Charakter seiner Gesellschaftslehre von selbst mit sich. Zuvor glaubte man, an der Gesellschaft sei künstlich herumzumodeln; und die utopischen Sekten machten dazu bestimmte Vorschläge. Marx suchte die Elemente der Zukunft in dem, was sich von selbst aus der Wirklichkeit entwickelte. Daher erkannte er den Wert der Gewerkschaften, der Koalitionen, die die Arbeiter sich instinktiv zum Kampfe gegen das Kapital schufen. Klein und machtlos, von den Politikern verachtet, von den Behörden als „Verschwörungen" verfolgt und bestraft, von den kleinbürgerlichen „Sozialisten" verhöhnt, fanden sie in Marx den Verteidiger, der ihre Bedeutung als notwendige Kampfesorganisationen und als Keime der Zukunftsgesellschaft hervorhob. Auf den letzten Seiten seiner Schrift: Das Elend der Philosophie, findet sich jene prachtvolle Stelle, in der er die Gewerkschaften als die natürliche Organisation der Arbeiter mit den freien Stadtgemeinden des Mittelalters vergleicht, worin die Bourgeoisie sich zuerst organisierte, um von dort aus später die ganze Gesellschaft zur Bourgeoisgesellschaft zu machen. Denselben Gedanken hat er nachher in der englischen Denkschrift zum Genfer Kongreß der Internationale wiederholt.

Dieser Standpunkt, der notwendig zum Wesen der ganzen Marxschen Theorie gehört, ist seitdem der Standpunkt der Marxisten geblieben. Die besten Theoretiker des Marxismus haben aus ihrer Theorie heraus immer die Bedeutung der Gewerkschaften verteidigt und hervorgehoben und von dieser höheren Warte oft gegen die augenblicklich herrschenden Strömungen, die sie unterschätzten, ankämpfen müssen. Am klarsten tritt das in den Schriften Kautskys hervor. 1880 veröffentlichte er als anfangender Schriftsteller in Richters Jahrbuch einen Aufsatz, worin er sich gegen die damalige hohe Wertschätzung der Staatsmonopole und der Produktivgenossenschaften wandte und die Wichtigkeit der Einrichtung betonte, „welche, ohne sich auf Theorien zu stützen, naturgemäß dem Klassenkampf entsprossen ist, und überall . . . das festeste Bindemittel der Arbeiterklasse bildet, die Gewerkschaften". „Die Gewerkschaften sind die Schule des Kommunismus. Die Gewerkschaften sind es daher, die wir mit aller Macht fördern müssen, nicht die Produktivgenossenschaften oder die Ausdehnung der staatlichen Monopole."

Und in ähnlicher Weise trat er bei der Diskussion auf, die 1893 in der Partei über die Gewerkschaften stattfand. Die Krise hatte sie damals übel zugerichtet, innerer Hader zerfleischte ihre Reihen. Bebel sprach ihnen auf dem Kölner Parteitage eine bedeutungsvolle Zukunft ab: die Bewegung könne nicht groß werden; nur der politische Kampf könne helfen. „Aus ganz natürlichen und selbstverständlichen Ursachen wird den Gewerkschaften ein Lebensfaden nach dem anderen abgeschnitten." Damit sprach Bebel nur die allgemeine Auffassung in der Partei aus, die zwar die Gewerkschaften mit aller Kraft unterstützen wollte, aber nicht viel von ihnen erwartete. In dieser Zeit war es wieder der heute als Gewerkschaftsfeind verschriene Kautsky, der ihnen moralisch unter die Arme griff, in der „Neuen Zeit" gegen jene Auffassung polemisierte und — genau so wie heute auch — ihre steigende Kraft und Bedeutung betonte. Nicht weil er die bald nachher einsetzende Prosperität voraussehen konnte, welche den Gewerkschaften ihren großen Aufschwung gebracht hat, sondern weil die marxistische Theorie ihn über die aus der Praxis des politischen Kampfes emporwachsende nur politische Doktrin erhob. Jene damals herrschende doktrinäre Auffassung, nur die Politik könne helfen und Gewerkschaften seien nebensächlich, hat den späteren sogenannten Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften mit erzeugen helfen. Aber die Marxisten sind ihr gerade am ersten entgegengetreten, ähnlich wie sie jetzt der Doktrin entgegentreten, die Löhne werden durch den Gewerkschaftskampf dermaßen steigen, daß eine revolutionäre Umwälzung unnötig wird.

Zwischen Marxismus und Gewerkschaftsbewegung besteht also nicht nur kein Gegensatz, sondern der Marxismus als Theorie und der Gewerkschaftskampf als Praxis gehören zusammen!

## Die freiwillige Extrasteuer

darf nicht vergessen werden. In den Versammlungen und überall, wo unsere Organisationsangehörigen zusammenkommen, da sage es einer dem anderen, daß die freiwillige Extrasteuer unser Rüstzeug stärken soll. Groß waren in den Krisenjahren die Ausgaben des Verbandes, um die bitterste Not der Arbeitslosen zu lindern. Größer werden die Kosten künftiger Kämpfe werden! Darum rüstet, Kollegen und Kolleginnen, für diese Kämpfe durch . . .

**die freiwillige Extrasteuer!**

## Schmutzkonkurrenz — Tarifgemeinschaft.

Im „Allgemeinen Anzeiger für Buchbindereien" (Nr. 45) finden wir einen Artikel, in dem ein Buchbindereibesitzer seinen Kollegen einmal ernsthaft ins Gewissen redet. Was wir in tausendfachen Variationen immer und immer wieder gesagt haben, nämlich, daß nur durch tarifliche Arbeitsverträge die Schmutzkonkurrenz ausgeschaltet werden kann, das sind auch die Erfahrungen des Artikelschreibers, die ihm die Feder in die Hand drückten. Wir wollen hoffen, daß die gesunden Ansichten, die er propagiert, sich auch bei seinen Kollegen durchsetzen werden. Damit unsere Kollegen bei etwaigen Lohndifferenzen auf das zutreffende Urteil eines überlegenden Arbeitgebers verweisen können, wollen wir nach einigen kleinen Kürzungen den Artikelschreiber auch an dieser Stelle zu Worte kommen lassen:

„Schmutzkonkurrenz! Ein häßliches Wort! Doppelt häßlich in einer Zeit, in welcher man mit allen möglichen Mitteln dahin strebt, den Beruf zu heben, Interessengemeinschaften, als: Innungen, Verbände usw. zu schaffen, die alle nicht zum wenigsten die Aufgabe haben sollen, auch in bezug auf Preisfestsetzungen möglichste Einheitlichkeit zu erzielen. Und doch, trotz verschiedener, teilweise recht sorgfältig ausgearbeiteter Tarife, trotz dem offensichtlichen Bestreben vieler Berufsvereinigungen, ihre Mitglieder dazu zu erziehen, keine Schmutzkonkurrenz zu treiben, wollen die Klagen nicht verstummen.

Wenn ich von Schmutzkonkurrenz rede, so will ich in diesem Wort alles zusammengefaßt wissen, was auch nur einigermaßen damit im Zusammenhang steht. So erachte ich es vor allem auch als Schmutzkonkurrenz, wenn jemand nur deshalb billig liefern, d. h. die Preise unterbieten kann, weil er es versteht, das von ihm beschäftigte Personal wirtschaftlich auf dem niedrigsten Niveau zu halten, es schlecht zu entlohnen und damit sozusagen in sozialer Beziehung völlig versagt. Meines Erachtens ist eine solche Preisunterbietung genau so verwerflich, ja, vom sittlichen Standpunkt aus noch verwerflicher, als wenn jemand Schmutzkonkurrenz auf Grund ungenügender Kalkulation, schlechten Materials oder zu niedriger Gewinnberechnung treibt. Hier muß der Hebel zur Besserung angesetzt werden, denn dies liegt im Interesse jeder anständigen Firma. Leider geschieht gar oft das Gegenteil. Es wäre dringend zu wünschen, wenn sich in unseren Kreisen immer mehr und mehr die Anschauung Bahn brechen würde, daß auf diesem Gebiete einschneidende Besserung nur erhofft werden kann, wenn die Meisterschaft mit der Arbeiterschaft Hand in Hand geht. Bekanntlich ist es die organisierte Arbeiterschaft in erster Linie, die auf eine ordnungsgemäße Bezahlung ihrer Mitglieder drängt. Ihr Bestreben geht nach einer möglichst einheitlichen Entlohnung, d. h. sie will möglichst überall die Löhne bei Akkordarbeit usw. festgelegt wissen, und zwar jeweils unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Trotz mancher verschiedenartiger Anschauungen, die nun einmal naturgemäß zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu finden sind, herrscht bezüglich des Bestrebens der einheitlichen Entlohnung doch vielfach zwischen beiden Teilen Uebereinstimmung. So heißt es z. B. im Vorwort der vom Verband Deutscher Buchbindereibesitzer herausgegebenen „Berechnungsbeispiele" u. a. wie folgt: Für die Ermittelung der Löhne bedient sich der Kalkulierende am besten des Lohntarifs für Buchbinderarbeiten, herausgegeben von der gemeinsamen Tarifkommission des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer und des Deutschen Buchbinderverbandes. Des weiteren heißt es in diesem Vorwort, die allgemeine Benützung des vorgenannten Tarifs sei nicht nur deshalb empfehlenswert, weil dieser dem Kalkulierenden eine sichere Grundlage für die benötigte genaue Ermittelung der Löhne biete, sondern auch aus dem Grunde, weil durch eine allgemein eingehaltene gleichmäßige Löhneinstellung dem vom Verband Deutscher Buchbindereibesitzer erstrebten Ziele einer durchaus nötigen gleichmäßigen Preisbildung die Wege geebnet werden. Es sind dies fürwahr beherzigenswerte Worte für alle beteiligten Kreise.

Der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer geht, wie aus dem Vorerwähnten zu schließen ist, demgemäß von der zweifellos richtigen Ansicht aus, daß die Zugrundelegung des sogenannten Leipziger Lohntarifs bei Kalkulationen ein äußerst wichtiger Faktor zur Vermeidung von Preisunterbietungen ist; durch diese Ausführungen der Arbeitgeberorganisation wird also dem Anschluß an die bestehende Tarifgemeinschaft das Wort geredet. Wo Licht ist, ist bekanntlich auch Schatten! Eine Tarifgemeinschaft, die nicht nur auf dem Papier stehen soll, setzt neben einem gut organisierten Unternehmertum auch eine organisierte Arbeiterschaft voraus; nur wenn beide Teile einheitlich zusammenarbeiten, wird eine Tarifgemeinschaft zustande kommen können, von der beide Teile Nutzen haben.

Welch segensreiche Wirkung trotz mancher Schattenseiten eine aufrichtig gepflegte Tarifgemeinschaft für Arbeitgeber sowohl wie für Arbeitnehmer hat, davon zeugt am deutlichsten die heute sich nahezu über ganz Deutschland erstreckende Tarifgemeinschaft der Buchdrucker. Die überwiegende Mehrzahl beider Tarifkontrahenten möchte sie im Interesse gesunder, geregelter Verhältnisse im Gewerbe nicht mehr missen. Beide Teile sind in diesem Fall aber auch, und zwar durch einmütiges Zusammenarbeiten, mit bestem Erfolg ernstlich bestrebt gewesen, durch unermüdliche Aufklärungsarbeit immer weitere Kreise über den hohen Wert der Tarifgemeinschaft aufzuklären und sie ihren Organisationen zuzuführen. Wohl hat es schwerer wirtschaftlicher Kämpfe bedurft, bis sich beiderseits die volle Ueberzeugung von der Nützlichkeit der Tarifgemeinschaft Bahn gebrochen hatte, aber heute sehen wir in den Buchdruckern jenes Gewerbe, in dem Streiks zur Seltenheit geworden und Preisschleudereien stark zurückgegangen sind. Nehmen wir uns ein Beispiel hieran!

Bei uns sieht es in dieser Hinsicht leider noch sehr betrübend aus. Die tariftreuen Firmen, welchen der Gedanke einer Tarifgemeinschaft zum Geschäftsprinzip geworden ist, sind noch sehr in der Minderheit. Größer ist die Zahl derjenigen, die wohl meist den Tarif zur Kalkulation heranziehen, nachträglich jedoch das Fazit reduzieren und die sich ergebenden Differenzen an den Löhnen wieder herauszuholen bestrebt sind. Zum Dritten gibt es leider noch viel zu viele Firmen, für welche ein Tarif weder zur Kalkulation, noch in bezug auf die Löhne maßgebend ist. Im Interesse der Gesundung unserer geschäftlichen Zustände und Verhältnisse wäre es dringend zu wünschen, daß dies in Bälde anders wird. Dies kann nur dann geschehen, wenn wir uns an anderen Berufen ein Beispiel nehmen und uns immer fester in Interessen-Verbänden zusammenschließen. Je mehr die Organisationen gefestigt werden, desto eher wird es uns erspart bleiben, das Ziel erst nach schweren wirtschaftlichen Kämpfen, wie dies bei den Buchdruckern der Fall war, zu erreichen. Nicht durch rücksichtslose Bekämpfung, sondern durch friedliche Vereinbarungen allein vermögen wir unsere gemeinsamen Interessen zu fördern. Im Hinblick hierauf muß es eine unserer vornehmsten Aufgaben sein, uns mehr wie bisher zu organisieren, um uns mit einer gut organisierten und disziplinierten Arbeiterschaft bezüglich feststehender Lohn- und Akkordtarife zu einigen, bei denen jeweils die örtlichen Verhältnisse Berücksichtigung finden müssen und deren Ausdehnung sich über alle Gaue unseres deutschen Vaterlandes nach dem Muster des Buchdruckertarifs erstrecken muß.

Diese große Frage ist es sicher wert, in unserer Fachpresse eingehend erörtert zu werden. Ein guter Schritt nach vorwärts würde gemacht sein, wenn man sich entschließen könnte, auf die Tagesordnung der in Betracht kommenden Organisationen bei Gelegenheit zu setzen: Stellungnahme zu einer sich über ganz Deutschland erstreckenden Tarifgemeinschaft für das Buchbindergewerbe." M. F.

Allzuviel Gegenliebe wird Herr M. F. bei seinen Kollegen leider nicht finden. Die Herren werden sich ja schließlich auch organisieren, aber nicht um anständige Löhne und gesunde Preise durchzuführen, sondern um das Lohnniveau der Arbeiter und Arbeiterinnen möglichst niedrig zu halten. Um so mehr ist es Aufgabe unserer Kollegen und Kolleginnen, ihre Organisation auszubauen, zu arbeiten, damit auch der letzte Kollege und die letzte Kollegin sich dem Buchbinderverband anschließt, damit wir so gerüstet, kräftig genug sind, um eine über ganz Deutschland sich erstreckende Tarifgemeinschaft nach unseren Wünschen gestalten können. Auf, an die Arbeit!

## Winterabende.

Kurz ist der Tag geworden und lang das Dunkel. Nach des Tages Müh' und Last lockt nicht mehr das grünende Feld den Fleißigen ins Freie. Die langen Abende schließt ihn das Zimmer ein, wie die Fabrik und Werkstatt am Tag.

Dennoch sollten unsere Kollegen und Kolleginnen Ausflüge unternehmen: Ausflüge in das Reich des Geistes und des Wissens. Die langen Winterabende sollte ihnen ein gutes Buch kürzen!

In den Bibliotheken unserer Zahlstellen und den Zentralbibliotheken der Gewerkschaften harrt gar manches gute Buch auf fleißige Leser, und leider muß noch viel zu häufig geklagt werden, daß sie zu wenig Leser finden!

Bei der eilenden Arbeitshast gleiten unseren Kollegen und Kolleginnen Schätze der Wissenschaft durch die fleißigen Hände, aber ihr Auge darf sich nicht sättigen an ihrem Glanz. Erst nach des Tages Plage kann ein gutes Buch die kurze Ruhe adeln!

Ein gutes Buch gibt Wissen, und Wissen gibt Macht. Darum nutzt die langen Abende, um Macht zu erwerben!

---

## Auf dem Lande.

Von Guy de Maupassant.

(Schluß.)

Die beiden Vallins saßen am Tische und verzehrten bedächtig einige Brotschnitten, die sie sparsam mit Butter bestrichen, die mit dem Messer von einem kleinen zwischen ihnen stehenden Teller genommen wurde.

Frau de Hubières machte von neuem ihre Vorschläge, doch bedeutend vorsichtiger, verführerischer, verlockender.

Die beiden Landleute schüttelten erst verneinend den Kopf. Als sie jedoch hörten, daß sie jeden Monat hundert Mark bekommen sollten, blickten sie sich fragend und in ihrer Festigkeit schon sehr erschüttert an.

Lange schwiegen sie unschlüssig, offenbar vom Für und Wider gequält. Endlich fragte die Frau: „Wat sagst Du dazu, Mann?"

Er antwortete bedeutsam: „Ich sag', dat de Vorschlag vielleich nit zu verachte is."

Jetzt begann ihnen Frau de Hubières, die vor Angst und Ungeduld schon zitterte, von der Zukunft des Kleinen zu reden, von seinem Glücke, und von dem vielen Gelde, daß er ihnen später geben könnte.

Der Ackersmann fragte noch: „Un die Rent' von zwölfhundert Mark, wird die bei 'nem Notar festgemacht?"

„Gewiß," antwortete Herr de Hubières, „wenn Sie wollen, schon morgen."

Die Häuslersfrau, die eben über etwas nachgedacht hatte, meinte noch: „Hundert Mark monatlich, dat is nich genug für der Kleine; in e paar Jahr könnt he als mit arbiede; mir müßten als hundertzwanzig kriege . . ."

Frau de Hubières versprach sie auch sofort und da sie das Kind gleich mitnehmen wollte, legte sie fürs erste hundert Mark als Geschenk auf den Tisch, während ihr Gatte ein Schriftstück aufsetzte. Der Schulze und ein Nachbar, die man herbeigerufen hatte, dienten als Zeugen.

Und die junge Frau ergriff den kleinen heulenden Bengel und nahm ihn freudestrahlend mit sich, wie man ein lang gewünschtes Rippes aus einem Laden trägt.

Die beiden Turaches standen an ihrer Tür, blickten ihr stumm und mit strengen Mienen nach und bedauerten vielleicht ihre Weigerung schon.

Man hörte nichts mehr von dem kleinen Jean Vallin. Seine Eltern holten sich jeden Monat ihre hundertzwanzig Mark bei dem Notar ab; mit ihren Nachbarn jedoch hatten sie sich verfeindet, weil die Frau Turache sie zu Tode ärgerte, da sie in einem fort so laut, daß man es bei den Vallins hören sollte, wiederholte: „Et wär unmenschlich, so'n klein Balg zu verkaufe, et wär en Gemeinheit un en Schand."

Oft auch nahm sie ihr Karlchen absichtlich innig in den Arm und rief ihm zu, als könne er sie verstehen: „Dich tun mer nit verkaufe, enä, mir verkaufe uns Kinger nit! Wenn mir auch nit reich sind, uns Kinger verkaufe mir noch lang nit!"

Dergleichen ereignete sich jeden Tag, Jahre um Jahre. Täglich fielen grobe Anspielungen vor der Türe, so daß man sie im Nachbarhause unbedingt hören mußte. Zum Schluß hielt Frau Turache sich für besser als alle Frauen der Gegend, weil sie ihr Karlche nicht verkauft hatte. Und wenn man von ihr sprach, sagte man gewöhnlich: „Dat war jewiß en'ne verlockende Vorschlag, aber sie hat sich als en treue Mutter bewiese."

Man zitierte sie, wenn es sich um Mutterliebe handelte, und Karlchen, der ins achtzehnte Jahr ging, und dem man ohne Unterlaß vorerzählte, daß man

## Die Wahlen der Arbeitervertreter zu den Krankenkassen u. Versicherungsanstalten.

Mit dem Schluß dieses Jahres laufen die Mandate einer ganzen Anzahl von Arbeitervertretern ab und müssen deshalb die Neuwahlen für dieselben vorgenommen werden.

Bei den diesmaligen Wahlen kommen hauptsächlich in Betracht die Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde, die Wahl des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt, der nichtbeamteten Vorstandsmitglieder derselben Anstalt, sowie auch die Wahl der Beisitzer der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, während die Wahlzeit der Vertreter beim Reichsversicherungsamt erst Ende 1911 abläuft.

Die Pflichten und Rechte der Arbeitervertreter sind im allgemeinen der Arbeiterschaft noch zu wenig bekannt und wollen wir deshalb deren Wirkungskreis näher erläutern.

Zunächst ist zu erwähnen die Vertretung bei der unteren Verwaltungsbehörde. Bei der Invaliden- und Altersversicherung haben die Vertreter unter dem Vorsitze eines beamteten Juristen, nachdem die Aerzte gehört sind, ein Gutachten abzugeben über die Bewilligung oder Einstellung der Rentenzahlungen und besonders Gutachten darüber, ob an Stelle der Rente das Heilverfahren eingeleitet werden soll; eine Rechtskraft haben jedoch diese Entscheidungen nicht. Des weiteren haben sie die Wahl des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt gemeinschaftlich vorzunehmen. An jeder Sitzung nimmt sonst nur ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer teil, welche für eine Amtszeit von 5 Jahren von den Vorständen der Krankenkassen gewählt werden. Für jede Landesversicherungsanstalt, deren es 31 in Deutschland gibt, muß auf Grund des Invalidengesetzes ein Ausschuß gewählt werden, welcher sehr wichtige Funktionen zu erfüllen hat.

Es hat dieser eine ähnliche Tätigkeit, wie ein Aufsichtsrat bei einer Aktiengesellschaft. Es müssen denselben vorbehalten werden: Die Wahl der nichtbeamteten Mitglieder des Vorstandes, die Wahl der Beisitzer des Schiedsgerichts, die Festsetzung des Etats, die Prüfung der Jahresrechnung, die Zustimmung bei Abänderung des Statuts der Anstalt und überhaupt die Ueberwachung der Geschäftsführung des Vorstandes. Die Verwaltung der Anstalt geschieht durch den Vorstand, welcher die Eigenschaft einer öffentlichen Behörde hat. Die beamteten Mitglieder werden von dem betreffenden Bundesstaate oder des weiteren Kommunalverbandes, für welche die Anstalt errichtet ist, ernannt, ebenso der Vorsitzende. Neben den vorgenannten Beamten müssen dem Vorstande Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören, gewöhnlich je 2 oder 3 Beteiligte. Besoldung erhalten letztere nicht, jedoch ihre Zeitversäumnis und Auslagen ersetzt.

Weiter kommen noch die Wahlen der Schiedsgerichtsbeisitzer in Betracht. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung bildet die Berufungsinstanz in allen Streitsachen, in welchen Invaliden-, Alters- und Unfallversicherungssachen zu entscheiden sind. Die Urteile des Schiedsgerichts sind rechtskräftig, sobald dieselben nicht binnen Monatsfrist durch Revision bei Invaliden- oder durch Rekurs bei Unfallsachen angefochten werden. Das Schiedsgericht wird aus einem höheren Regierungsbeamten, meistens einem Regierungsrat und je zwei Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt, wovon letztere in einem versicherungspflichtigen Betriebe beschäftigt sein müssen. Wechselt der Betreffende seine Arbeitsstelle und findet Beschäftigung in einem Betriebe, der einer anderen Berufsgenossenschaft angehört, so verliert er dadurch sein Amt.

Der Beisitzer beim Schiedsgericht hat überhaupt einen schweren Stand, nicht allein, daß er wenig wohlwollenden Arbeitgebern gegenüberstehen muß, so soll er auch oftmals Vorsitzenden, welche durchaus kein soziales Verständnis zeigen, oder den untersuchenden Arzt, welcher die Verletzten oft zu wenig und oft zu herzlos behandelt, in geeigneter Weise auf ihre Pflichten hinweisen, während ihm andrerseits die Verletzten ihre verstümmelten Gliedmaßen entgegenhalten und auf seine Hilfe hoffen.

Als letzte und höchste Instanz für Unfall-, Invaliden- und Altersversicherungsgesetz besteht das Reichsversicherungsamt in Berlin, bei welchem ebenfalls Arbeitervertreter mitwirken, da jedoch deren Wahl diesmal nicht vorgenommen wird, so wollen wir jetzt nicht besonders auf deren Tätigkeit eingehen. Das Verfahren bei diesen Wahlen ist, wie schon angedeutet, ein ganz verschiedenes. Für jedes Amt besteht ein besonderes Wahlverfahren, bei welchem aber immer Arbeitgeber und Arbeitnehmer getrennt wählen. Als Unterbau kommt der Einfluß, welchen die Krankenkassen besitzen, in Betracht. Da die Wahlen bei den Krankenkassen genügend bekannt sind, so erübrigt sich deren Erörterung. Die Wahl der unteren Verwaltungsbehörde geschieht durch die Vorstände derjenigen Krankenkassen gemeinschaftlich, welche in dem Bezirke obiger Behörde ihr Domizil haben. Beteiligt sind alle im Bezirke vorhandenen Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskassen, Knappschaftskassen, Seemannskassen, sowie die Vorstände der Freien Hilfskassen, deren Bezirk sich über den Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde nicht erstreckt. Die Vorstände der Zentralkrankenkassen besitzen kein Wahlrecht, für diese übt es, wie bei den nicht krankenversicherungspflichtigen Personen, die Verwaltung der Gemeindekrankenkasse oder der Magistrat resp. der Landrat aus. Auf je 100 Kassenmitglieder kommt 1 Stimme, so kann es kommen, daß 6 oder 8 Vorstandsmitglieder das Wahlrecht für 100 000 und mehr Kassenmitglieder ausüben können.

Die zu Mitgliedern der unteren Verwaltungsbehörde gewählten Personen wählen nun wieder den Ausschuß der Landesversicherungsanstalt, welcher mindestens aus je 5 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen muß, nach der einfachen Stimmenmehrheit; gewöhnlich besteht aber der Ausschuß aus je 10 oder mehr Vertretern, wobei noch jedes Ausschußmitglied 2 oder 3 Ersatzmänner hat. Der Ausschuß, dessen Tätigkeit wir schon vorhin dargelegt haben, wählt außer den nichtbeamteten Vorstandsmitgliedern der Anstalt auch die Beisitzer des Schiedsgerichts.

Es bestehen in Deutschland 88 Schiedsgerichte, die Anzahl der Beisitzer ist verschieden und richtet sich nach dem Bedürfnis.

In Berlin z. B. sind 78 Beisitzer zu wählen, welche der Reihenfolge nach zu den Sitzungen zugezogen werden sollen. Die Beisitzer, soweit sie dem Arbeitnehmerstande angehören, müssen in einem versicherungspflichtigen Betriebe beschäftigt sein und der Berufsgenossenschaft angehören, für welche sie gewählt werden. Wechselt der Beisitzer seine Arbeitsstelle und kommt in einen anderen Betrieb, welcher seiner Berufsgenossenschaft nicht angehört, so verliert er sein Amt. Arbeitet z. B. ein Beisitzer in einer versicherungspflichtigen Buchbinderei, so ist er für die Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft zuständig, wechselt er den Betrieb und tritt als Buchbinder in eine Druckerei in Arbeit, so verliert er dadurch sein Amt als Beisitzer. Diese sonderbare Bestimmung ist um so wunderlicher, als derselbe Arbeiter trotzdem bei Verhandlungen anderer Berufsgenossenschaften anstandslos mitwirken kann, ebenso in allen Invalidensachen. Das wichtige Amt des Beisitzers liegt also in der Hand einer kleinen Anzahl Personen, 5 oder 6 Ausschußmitglieder können nach eigenem Gutdünken 70—80 Schiedsgerichtsbeisitzer einfach ernennen.

Die Schiedsgerichtsbeisitzer erhalten nun ihrerseits ebenfalls ein bevorzugtes Wahlrecht, ihnen obliegt, die Wahl der Mitglieder des Reichsversicherungsamtes aus dem Stande der Versicherten. Die Berufsgenossenschaften selbst wählen ihre Vertreter durch ihren Vorstand, dagegen werden die Vertreter der Versicherten durch die Schiedsgerichtsbeisitzer gewählt. Wählbar zu Vertretern der Versicherten sind Personen, die auf Grund der betreffenden Unfallversicherungsgesetze versicherungspflichtig sind. Das Stimmenverhältnis der einzelnen Wahlkörper bestimmt der Bundesrat unter Berücksichtigung der Zahl der versicherten Personen. Die Schiedsgerichtsbeisitzer wählen also nach der Kopfzahl der Personen, welche gegen Unfall versichert sind. Dadurch hat der einzelne Beisitzer, welcher sein Wahlrecht ausübt, oft 5000—25 000 Stimmen in die Wagschale zu werfen; je weniger Beisitzer bei einem Schiedsgericht vorhanden sind, desto höher ist die Stimmenzahl, welche auf den einzelnen fällt.

Bei den Wahlen zum Reichsversicherungsamte findet immer ein heftiger Kampf statt, weil sich hieran auch die in den christlichen Verbänden organisierten Arbeiter beteiligen und bei der letzten Wahl 1906 tatsächlich mit 1 904 359 Stimmen gegen 1 421 338 Stimmen den Sieg über unsere Genossen in der Landwirtschaft erzielten. Auch bei den Wahlen für gewerbliche Unfallversicherung, bei welcher wir 1906 eine Stimmenzahl von 4 855 956 als höchste Stimmenzahl erzielten, waren uns die Christlichen dicht auf den Fersen. Also überall die Zersplitterung der Arbeiterschaft, während die Unternehmerklasse in allen drei Abteilungen, in welchen die Wahlen vorgenommen werden mußten, einmütig vorging. Da ganz Deutschland für jede Abteilung nur einen Wahlbezirk bildet, so muß diese Zersplitterung natürlich dahin führen, daß eine Partei allein und die andere gar nicht vertreten ist.

Es bedarf an dieser Stelle keiner längeren Beweisführung, um unseren Kollegen und Kolleginnen klarzumachen, wie wichtig alle diese Wahlen für den Versicherten sind. Sie sind entscheidend dafür, daß endlich mehr sozialfortschrittlicher Geist die Praxis der sozialen Versicherungsgesetze belebt. Und da die Wahlen zu den Krankenkassenvertretungen die Grundlage aller übrigen bilden, so ergibt sich, daß die Gewerkschaften alle Ursache haben, ihre Mitglieder zur regen Wahlbeteiligung anzuhalten. J.

## Aus der Heimindustrie der Kartonnage.

Als im Juli dieses Jahres die Regierung die Reichsboten nach Hause schickte, um wiedermal fünf Monate ohne die lästige Kontrolle des Volkes regieren zu können, da fiel neben anderem wichtigen Material der Beschluß der Reichstagskommission vom 14. Mai unter den Tisch, nach dem die Löhne in der Heimindustrie durch Lohnämter künftig geregelt werden sollten. Ob dieser Beschluß mit dem Wiederzusammentritt des Reichstages auch wieder aus der Versenkung auftauchen und ob er gar in Kürze Gesetzeskraft erlangt, das ist noch mehr als fraglich.

Immerhin versuchen die Nutznießer der Heimindustrie, den toten Beschluß nochmals besonders tot

---

ihn damals nicht verkauft habe, hielt sich dieserhalb für mehr, als all seine Kameraden.

Die Vallins lebten nun dank ihrer Rente ganz gemächlich. Und darin lag wohl hauptsächlich der Grund der unstillbaren Wut der Turaches, die arm geblieben waren.

Ihr ältester Sohn war jetzt bei den Soldaten. Der zweite war gestorben; und Karlchen mußte sich allein mit dem alten Vater schinden, um die Mutter und seine zwei jüngeren Schwestern zu ernähren.

Er war gerade einundzwanzig Jahre alt, als eines Morgens eine prächtige Kutsche vor den beiden Hütten hielt. Heraussprang ein junger Herr mit einer goldenen Uhrkette und half einer alten Dame in weißem Haar aussteigen. Die Dame sagte: „Da ist es, Kind, das zweite Haus!"

Und der junge Mann trat in die Hütte der Vallins, als wäre er da zu Hause.

Die alte Mutter wusch gerade ihre Schürzen, der schon gebrechliche Vater schlummerte neben dem Herde. Sie fuhren jetzt beide auf und der junge Mann sagte: „Guten Tag, Papa. Guten Tag, Mama."

Erschreckt richteten sie sich empor. Die Mutter ließ vor Erregung ihre Seife ins Wasser fallen und stotterte: „Bis Du et, Kind? Bis Du et?"

Er umarmte sie und wiederholte nur: „Guten Tag, Mama." Während der Alte mit der Ruhe, die ihn nie verließ, mit seiner schon zitternden Stimme sagte: „Da bist de ja wieder, Jean," als habe er ihn vor einem Monat zum letztenmal gesehen.

Als sie sich nun gegenseitig wieder kennen gelernt hatten, wollten ihn die Alten natürlich sofort dem ganzen Dorfe zeigen und führten ihn zum Schulzen, zum Erbrichter, zum Pfarrer, zum Lehrer.

Karlchen stand vor der Türe der Hütte und sah sie vorübergehen.

Beim Abendessen sagte er zu seinen alten Eltern: „Ihr seid ewwer dumm genugt gewese, dat ihr de kleine Vallin habt nehme lasse!"

Die Mutter erwiderte hartnäckig: „Mir wollte uns King nit verkaufe!"

Der Vater sagte nichts. Und der Sohn meinte weiter: „Dat wär doch kei Unjlück gewese, auf die Art verkauft zu werde!"

Der alte Turache stieß zornig hervor: „Du mäckst uns wohl noch jar Vorwürf dat mir Dich behalte hant!"

Und der junge Mann erwiderte brutal: „Gewiß dat!.. Gewiß mach ich Euch Vorwürf, dat Ihr so'n Schafsköpp' gewese sid. So'n Eltere zu habe, dat is ja e Unjlück. Ihr verdienten wahrhaftig, dat ich von Euch futtging."

Die Frau weinte in ihren Teller. Sie schluchzte bei jedem Löffel, vergoß die Hälfte der Suppe und heulte: „Mer sollt sich liewer den Hals affschniede als Kinger obtrecke!"

Der Bursche aber schrie in seiner Roheit weiter: „Ich dhät mich liewer den Hals affschneide, als mi Läwe so weiterführe. Als ich dem angere gesin han, ging mich de Jall in et Blut. Un ich mußt mich sage: Dat könns' Du nu sin!"

Er stand auf.

„Et is wirklich besser, wenn ich nit länger mie hei bliew; denn dat dhät ich Euch doch von et Morgens bis et Awends vörwerfe. Un wat wär dat für e Läwe für Euch? Dat kann ich Euch nit verzeihe!"

Die beiden Alten schwiegen, niedergeschmettert, mit bitteren Tränen kämpfend.

Er begann wieder: „Nä, dat kann ich Euch nie vergesse! Liewer such ich mich mie Brot angerwärts!"

Er öffnete die Türe. Laute Stimmen drangen herein. Die Vallins feierten ihr zurückgekehrtes Kind.

Da stampfte Karlchen wütend mit dem Fuße, wandte sich noch einmal zu seinen Eltern und schrie: „Schafsköpp!"

Damit verschwand er in der Dunkelheit.

zu schlagen und bei dieser Leichenschändung sind auch die Kartonnagenfabrikanten eifrig beteiligt. In Nr. 45 der „Kartonnagen-Zeitung" machte einer der Herren den Anfang, indem er zunächst nur einwandte, daß man die gesetzlichen Mindestlöhne jedenfalls nicht so leicht feststellen könnte, als man am grünen Tisch anzunehmen scheine und aus dem Gesetz wohl Nachteile entstehen würden, die es manchen Fabrikanten unmöglich machen würden, ihre Arbeit überhaupt noch in der Heimindustrie herstellen zu lassen.

Die Verhältnisse der Heimindustrie der Kartonnage werden dann von dem Artikelschreiber einigermaßen objektiv geschildert und sie brechen so allen kapitalistischen Argumenten gegen die Lohnämter die Spitze ab. Unser Kartonnagenfabrikant schreibt nämlich, daß, namentlich in Baden, ein großer Prozentsatz Kartonnagen in der Heimindustrie verfertigt werde. Gehe doch das Scherzwort um, daß in bestimmten badischen Gegenden „die Kinder das Schachtelmachen erlernen, bevor sie das Licht der Welt erblicken". Die dort hergestellten Artikel seien Massenware, bei der jeder Handgriff sozusagen Betriebsmaterial sei, denn jahrelange Uebung sei zur Ausnutzung der Kunstgriffe nötig, die sich in mancher Werkstube kaum erwerben lasse. „In der Hausindustrie ist dagegen die Mutter im Kreise der von ihr für diesen Artikel hinzugezogenen Hilfskräfte fast als Vorarbeiterin zu betrachten." In welche dezente Form unser Kartonnagenfabrikant doch die anstößige Tatsache kleidet, daß bei solch schwierigen, schlecht entlohnten Arbeiten Proletarierkinder ihre Jugend vertrauern müssen!

Dennoch muß man unserem Kartonnagenfabrikanten zugeben, daß er an den Auswüchsen unserer Heimindustrie nicht mit geschlossenen Augen vorübergeht. Da sie die Quelle der ärgsten Schmutzkonkurrenz sind, gibt auch er zu, daß die Löhne der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen in der Kartonnagenindustrie ungenügend sind: „Wenn heute ein Kollege wegen angeblicher Schleuderei zur Rede gestellt wird, dann kann man von ihm oft die Entschuldigung hören: Ja, den Artikel lasse ich in der Heimindustrie machen." — Wenn wir dies verdeutschen wollen, daß es auch der Laie verstehen kann, dann heißt es: „Ja, ich zahle weniger Lohn als Sie!" — Dies ist allerdings ein Zeichen der Zeit und zwar ein sehr trauriges." Seinem Konkurrenzinteresse leuchtet denn auch ein, daß die Heimarbeiter eigentlich höhere Löhne bekommen müßten, als die Werkstubenarbeiter, da sie ja Heizung, Licht, Arbeitsraum stellen und bei der Ausführung der Arbeit mancherlei Unbequemlichkeiten in Kauf nehmen müssen. „Dies zu veranlassen, ist Pflicht eines jeden Arbeitgebers und dann wird die „Trade Boards Bill" im Archiv des Reichstages neben so manchem anderen unbrauchbaren Gesetzentwurf ein beschauliches Dasein fristen können."

Damit wird die Rhythmik dieses Eiertanzes zwischen anerkannt schlechten Heimarbeiterlöhnen und den bösen Lohnämtern verständlich. Unser Kartonnagenfabrikant wünscht zwar den Heimarbeitern höhere Löhne, aber nur damit er, vor der billigeren Konkurrenz geschützt, seine Geschäfte machen kann. Er wendet sich aber auch gegen die amtliche Normierung eines Minimallohnes, damit das Unternehmertum selbstherrlich die Löhne fixieren und auf einem möglichst niedrigen Niveau halten kann.

In Nr. 46 der „Kartonnagen-Zeitung" wird dann der Kampf gegen die Lohnämter in der Heimindustrie fortgesetzt durch Abdruck eines Vortrages, den der Kartonnagenfabrikant Gustav Stade sen. in einer Monatsversammlung des Verbandes der Kartonnagenfabrikanten von Dresden und Umgegend hielt. Nach diesem Herrn ist nur die „Ungeübtheit, Unbeholfenheit und Langsamkeit mancher Hausarbeiter" schuld, wenn die Heimarbeiter darben trotz ihrer Arbeit. Auch er hält geregelte Lohnverhältnisse in der Heimindustrie aus Konkurrenzrücksichten für erforderlich und meint daher: „Es dürfte notwendig sein, daß sich die Arbeitgeber der neuen Staatsfürsorge für die arbeitenden Klassen, also für jetzt der Errichtung von Lohnämtern, wohlwollend gegenüberstellen. Sie müssen ihren Einfluß dahin geltend zu machen suchen, daß mit den Lohnämtern etwas Brauchbares zustande kommt."

Wie das „Wohlwollen" der Arbeitgeber die „brauchbaren" Lohnämter ausgestaltet wissen möchte, verriet Herr Stade in den Leitsätzen seines Vortrages. Danach sollen die Lohnämter mit einem berufsfremden Bureaukraten besetzt werden, der unter Anleitung der Unternehmer seines Amtes waltet. Der Unternehmer soll auch fernerhin die Arbeitslöhne willkürlich festsetzen und ihre Fixierung allenfalls vor dem Lohnamt rechtfertigen können. Die Kosten der Lohnämter sollen den Arbeitern aufgehalst werden, dennoch soll diesen kein Mitbestimmungsrecht gewährt werden. Für ein so geartetes „Wohlwollen" danken die Arbeiter!

Wollen die Heimarbeiter der Kartonnage und mit ihnen die Kartonnagenarbeiter überhaupt, eine Verbesserung ihrer gedrückten Lebenshaltung erzielen, dann hilft ihnen nicht das „Wohlwollen" der Arbeitgeber, dann werden ihnen nur wenig helfen die zukünftigen Lohnämter in der Hausindustrie, aber einen starken Helfer und Förderer finden sie an der Organisation ihrer Berufsgenossen und der Anschluß an diese ist darum ihre Pflicht!

## Wattierte Kartonnagen.

Kartonnagen mit unterlegter Watte sind nicht neu, d. h. sie sind nicht erst in den letzten zwei die Kartonnagenindustrie so außerordentlich belebenden Jahrzehnten, sondern schon in den Kinderjahren der feinen Kartonnagen auf den Markt gebracht worden. Im Zeitalter der Maschine ist zwar das Wattieren der Kartonnagen zu einem nicht unbeträchtlichen Teile verdrängt, denn Pressen der verschiedensten Systeme werfen eine Unmenge von tadellos gewölbten Boden auf den Arbeitstisch, die, in einem Arbeitsgange gewölbt und mit Firmen- und Reklamedruck geprägt, nur aufgeklebt zu werden brauchen. Doch werden die wattierten Kartonnagen nichtsdestoweniger ihres eleganteren Aeußeren wegen in fast allen Branchen mehr oder weniger verlangt. Wie in der Parfumerie- und Seifen-, der Schokoladen- und Zuckerwaren- und der Zigarettenbranche, werden sie auch in der Juwelier-, optischen und pharmazeutischen, der Textil-, der Blumen- und der Papierausstattungsbranche in oft recht erheblichen Mengen verbraucht. Es wird daher unsere Leser interessieren, wenn wir die bei der Herstellung der Wattierungen hauptsächlichst angewandten Arbeitsmethoden kurz erläutern. Wir schicken dabei als selbstverständlich voraus, daß wir bestimmte Regeln zur Herstellung einer exakten und sauberen Wattierung nicht aufstellen wollen, noch aufstellen können, da einerseits die Eleganz der wattierten Kartonnagen von der Beschaffenheit und Verwendbarkeit des zu verarbeitenden Materials sowohl wie von der Geschicklichkeit des Erzeugers abhängt und andererseits die Herstellungsmöglichkeiten analog der Verwendungsmöglichkeiten so außerordentlich vielfache sind, daß wir den Rahmen dieser Besprechung weit überschreiten würden, wollten wir alle die verschiedenen Arten der wattierten Kartonnagen auch nur erwähnen. Im nachfolgenden seien also die Herstellungsmethoden drei verschiedener Arten Wattierungen beschrieben: das viereckige aufgelegte Kissen, das fassonierte Kissen und das Wattieren einer Kartonnage mit vorstehendem Rand.

Um ein schönes, weiches und faltenloses Kissen zu erzielen, ist vor allen Dingen großer Wert auf die Auswahl des Materials zu legen. Es darf nicht spröde, wie z. B. das jetzt vielfach verwandte japanische Holzfurnier, und auch nicht zu dünn sein. Sprödes Material bricht an den Umschlagkanten, es verbürgt aber auch selbst bei sorgfältigster Arbeit kein zufriedenstellendes Resultat, weil es nicht selten vorkommt, daß es einige Zeit nach der Fertigstellung — namentlich bei größeren Dimensionen — einfällt, dann also das Gegenteil der gewollten Wirkung eintritt. Neben dem Vorzug der leichteren Verarbeitung ist bei weichem Material (Leder- und Kalblederpapiere und Stoffe aller Art) das Einfallen so gut wie ausgeschlossen. Das Kissen geht auch dann wieder in seine ursprüngliche Form zurück, wenn es bei der Verpackung und Expedition etwas gedrückt worden ist.

Zu einem Kissen gebrauchen wir vier verschiedene Teile: das das Kissen bildende Papier, die Unterlage, die Watte und den Kissenboden. Die Größe des letzteren richtet sich nach der der Kartonnagen und wird im allgemeinen an jeder Seite zwei Millimeter kleiner als diese zu halten sein. Die Watte kann einige Millimeter kürzer und schmäler geschnitten werden, da sie sich beim Zusammendrücken noch dehnt. Besonderes Augenmerk muß auf die Größe der Unterlage gerichtet werden. Diese ist, um eine scharfe und gleichmäßige Kante zu erzielen, um soviel größer als der Kissenboden zu schneiden, als die Wölbung über die Watte hinweg ausmacht. Diese Unterlage verwendet man, damit etwaige Unebenheiten in der Watte abgeschwächt oder ausgeglichen werden. Am vorteilhaftesten hat sich hierzu ein nicht zu dicker Rohstoff, auch Sauge- oder Filzpapier genannt, bewährt. Ist die genaue Größe ermittelt und der Rohstoff geschnitten, so schneide man zunächst die Ecken des Papieres schräg ab, und zwar so, daß zwischen der äußeren Schnittlinie und der Ecke der Unterlage ein Millimeter stehen bleibt. Die Rohstoffplatten werden alsdann mit dünnem, griesfreiem Leim abgezogen und so auf das Papier geklebt, daß ringsum ein gleichmäßiger Rand zum Umschlag bleibt. Die so aufgezogenen Decken werden in feuchtem Zustande zwischen Pappen gelegt, damit das Papier nach der erhaltenen Feuchtigkeit sich ausdehnen kann und um das völlige Austrocknen zu verhindern. Bei größeren Quanten oder in Ermangelung eines kühlen Aufbewahrungsortes ist immer ein Teil nach dem anderen aufzuziehen und zu verarbeiten. Dadurch wird erreicht, daß das feucht gespannte und aufgeklebte Kissen erst auf der Kartonnage austrocknet, das Papier sich also wieder zusammenzieht und das Kissen glatt, ohne jede Falte wird.

Die Herstellung des Kissens selbst geschieht auf folgende Weise. Zunächst wird der Kissenboden ringsum in der Breite des Umschlages mit nicht zu dickem Leim angeschmiert. Dann wird die Kissendecke, die Watte und der angeschmierte Boden so übereinander gelegt, daß die Konturen der aufgeklebten Unterlage, der Watte und des Kissenbodens übereinstimmen. Hierauf schlägt man erst die beiden Längsseiten des Papieres nicht zu straff, aber gleichmäßig um, knifft die überstehenden Papierecken scharf nach den kurzen Seiten zu ein und schlägt dann diese selbst um. Das Umschlagen bewerkstelligt man am besten mit untergelegtem festen Papier, bei kleinen Dimensionen auch mit einem langen Messer. Nicht selten beobachtet man bei wattierten Kartonnagen, daß die Ecken des aufgeleimten Kissens hochstehen. Diesem Uebelstand ist dadurch abzuhelfen, daß man bei kleineren Sachen einseitig kaschierte Pappen benutzt, bei größeren aber die Kissenboden einzeln mit starkem Papier kaschiert. Die kaschierte Seite ist in jedem Falle nach außen zu nehmen.

Zur Herstellung von Kissen in fassonierter Form wird man Papier nur in seltenen Fällen verwenden können, es sei denn, daß entweder die Fasson nach außen gebogene oder nur äußerst leicht geschwungene Linien aufweist. Bei scharfen und tiefen Einbuchtungen ist die Verwendung von Papier ausgeschlossen. Alle nach innen gerichteten Bogen verhindern ein gleichmäßiges Anziehen des Papiers: das Papier wird faltig und kniffig, wodurch es natürlich an Ansehen verliert. Außerdem würde in den meisten Fällen die aufgewandte Zeit in keinem Verhältnis zu dem Verkaufswert des Objekts stehen. Darauf ist es auch hauptsächlich mit zurückzuführen, daß die in der Parfumeriebranche in ungezählten Fassons geführten Etuis fast durchweg mit gewölbten Pappboden versehen sind. Wir sind also, um ein wirkliches Kissen zu erzielen und ein rationelles Arbeiten zu ermöglichen, genötigt, hierzu feste Stoffe, wie Atlas, Plüsch, Velvet usw., zu verwenden. Diese Stoffe erlauben ein straffes Anziehen an den Rundungen und Einbuchtungen, und man braucht sie an diesen Stellen meist gar nicht oder doch nicht bis an den Rand des Bodens einzuschneiden. Mit Ausnahme der Unterlage, die hier überflüssig ist und daher wegfällt, verfährt man bei der Herstellung fassonierter Kissen ebenso wie bei den viereckigen. Bei Verwendung dickerer Stoffe nimmt man ein spitzes Messer zum straffen Anziehen um den Boden.

Erfordert die Herstellung eines tadellosen Kissens solcherart eine große Uebung, so verlangt auch das Wattieren eines viereckigen Kartons mit vorstehenden, an den Ecken abgerundeten Kanten nicht mindere Geschicklichkeit. Bei der oben beschriebenen Anfertigung von Kissen hat der Arbeiter in der Hauptsache darauf zu achten, daß der Kissenboden sich nicht wirft, wogegen er hier neben gleichmäßigem Anspannen sein ganzes Augenmerk auf das gute Verreiben des auf die Kartonnagen fallenden Umschlages zu richten hat. Deshalb darf hier der Umschlag nicht breiter als unbedingt nötig sein, damit das Entstehen einer Wulst am Deckel vermieden wird. Zur rationellen Herstellung dieser Wattierung verwendet man eine Form, in die der Deckelboden der Kartonnagen genau hineinpaßt. Diese Form ist im Innern in der Höhe von 5—6 Millimeter zu halten. Die innere Länge und Breite wird durch Anbringung eines Stäbchens in der halben Höhe an allen vier Seiten verringert, so daß der Boden der Kartonnagen beim Anfertigen der Wattierung darauf zu liegen kommt. Dadurch erreicht man, da unten ein gleichmäßiger Hohlraum bleibt, daß das Kissen nicht zu flach wird, und daß man den Umschlag scharf in die Kanten reiben kann, ohne Gefahr zu laufen, dabei den Boden loszureißen. Aber auch dadurch, daß man das zu spannende Papier mit dem Boden in die Form hineinpreßt, ist jede Möglichkeit des Faltenwerfens durch ungleiches Anziehen ausgeschlossen. Da die Form leicht anzufertigen ist — sie kann der Dauerhaftigkeit wegen mit Leinwand oder einem anderen festen Gewebe bezogen werden —, so ist die Zweckmäßigkeit dieser Methode in die Augen springend.

R. L.

## Unser Organ — tendenziös oder neutral?

Mein Landsmann aus Lauterecken in der Rheinpfalz, der Kollege A. R., beschäftigt sich in der Nr. 46 der „Buchbinder-Zeitung" in einem Briefe mit der Haltung unseres Organs und kommt darin zu dem Finale, daß die „Buchbinder-Zeitung" bald eine „Anarchistenzeitung" sei. Es ist ja heute nicht meine Absicht, diese Meinung des Kollegen A. R. zu widerlegen, das hat die „Buchbinder-Zeitung" schon selbst

getan, aber die Begriffe „Tendenz oder Neutralität" möchte ich doch nicht so leichten Kaufs durch die Finger gehen lassen, wie es Kollege A. R. tut und getan hat. Die Vorwürfe dürfen und können der Redaktion nicht die Feder aus der Hand nehmen, die ihr gegeben ist auf Grund unseres Prinzips, unseres Zweckes und des Zieles, dem wir als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zustreben.

Warum haben wir uns denn gewerkschaftlich organisiert? Die Antwort kann kurz sein. Wo garantiert „man" den Arbeitern denjenigen Teil des Ertrages der Arbeit, der ihnen von Rechts wegen zukommt, wo räumt „man" den Arbeitern aus sozialen Gründen das Recht freiwillig ein, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mitbestimmen zu dürfen. Freiwillig meines Erachtens nirgends, und wo dieses Mitbestimmungsrecht gewährt ist, da haben es die Würfel des Kampfes so entschieden. Damit wir um solche Rechte kämpfen können, ist die Organisation vonnöten. Und da wird auch mit uns Buchbindern keine Ausnahme gemacht, das wird A. R. auch schon empfunden haben.

Soll aber die Organisation ihren Zweck voll erfüllen können, dann erfordert sie auch den ganzen Mann, der mit seinem ganzen Sinnen und Denken in dem Organisationsgedanken aufgehen muß, dann ist es nicht angebracht, daß ihre Mitglieder noch so viel „Neutralität" in sich fühlen, daß sie sich mit Dingen beschäftigen, die in ihrer „Tendenz" auf Zersplitterung hinauslaufen. Im Interessenkampf zwischen Kapital und Arbeit nützt uns nichts, wer nur zur Hälfte unser Freund sein will und von dem man nicht genau weiß, wo die andere Hälfte steckt.

Zwischen den gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen der Arbeiterklasse besteht naturgemäß eine Interessengemeinschaft, und auf diese stets und ständig hinzuweisen, ist die vornehmste Aufgabe der Arbeiterpresse und wiederum auf wirtschaftlichem Gebiet der Zweck der gewerkschaftlichen Organe. Die Art und Weise, wie die Arbeiterpresse diese Aufgabe erfüllt, hängt vor allen Dingen davon ab, wie der Staat auf politischem, die Unternehmer auf wirtschaftlichem, und beide zusammen auf beiden Gebieten sich zu den Wünschen und Forderungen der Arbeiter stellen.

Wie sich die Unternehmer und der Staat stellen, das hat mit uns hoffentlich auch Kollege A. R. in Mansfeld gesehen, vorausgesetzt, daß A. R. nicht auf dem Neutralitätsstandpunkt steht: „Die Sache geht uns nichts an." Ich meine denn doch, daß uns die Sache sehr viel angeht; einmal politisch, wenn das Heer dazu benutzt wird, um in Sachen störend einzugreifen, die ihm absolut nichts angehen und wovon die Herrschaften, denen die Gewalt in die Hand gegeben ist, absolut nichts verstehen, und zum anderen gewerkschaftlich, da uns auch mit den Mansfelder Arbeitern Solidarität verbindet. Als Gewerkschaftler ergibt sich für uns aus diesem Ereignis die Lehre, daß wir diese Gewaltherrschaft nur gemeinsam mit der politisch organisierten Arbeiterschaft, soweit sie sich zum Sozialismus bekennt, bekämpfen und beseitigen können.

Davon ist zweifellos unsere Redaktion ebenfalls ausgegangen, als sie die Artikel über Mansfeld usw. brachte und auf Grund alter Erfahrungen mit den übrigen politischen Parteien die Lehre zog, daß nur die Sozialdemokratie diejenige Partei ist, die ehrlich bestrebt ist, im Interesse der arbeitenden Massen eine Staatsordnung, die so einseitig zugunsten der Unternehmer geschaffen, umzugestalten. Wie kann man von den Gewerkschaften Neutralität verlangen, wenn Unternehmer und Regierung ihre Macht dazu benutzen, alle Lasten des Staates aufzuhalsen denen, die nichts weiter haben als ihre Hände, und diesen Habenichtsen, wenn sie durch Hunger und Not getrieben — wie jene Bergmannsfrau in einer Versammlung in Hettstedt unter Tränen schilderte, daß sie „schon mehrere Jahre hindurch in jedem Monat tagelang kein Brot gehabt und mit ihren Kindern hungern müsse" — einmal gemeinschaftlich handeln und nur ein bißchen mehr Licht und Brot fordern, die geladenen Kanonen vor die Nase zu stellen? Wenn die Machthaber sich mit solcher Leichtfertigkeit über alle Neutralität, die diese doch in erster Linie beachten müßten, hinwegsetzen, dann haben wir Arbeiter um so weniger die Pflicht, neutral zu bleiben. Wer hier nicht zum Verräter an sich und seinen Mitarbeitern werden will, für den gibt es kein Mundspitzen, sondern nur ein kräftiges Pfeifen — und zwar die Melodie des Sozialistenmarsches.

Den feierlichen Hinweis des Kollegen A. R. auf das neutrale Organ des Buchdruckerverbandes kann ich wirklich nicht besser parieren als mit dem Hinweis auf die Nr. 128 vom 4. November d. J. eben desselben Organs, das A. R. zitiert, deren Leitartikel sich in fünf und einer halben Spalte gerade mit dem Mansfelder Skandal befaßte. Auch zum Kritisieren gehört Kenntnis derjenigen Blätter, auf die man sich beruft, sonst . . . .

Hannover. B. H. N. S.

„Neutralität".

Durch die unter obigem Titel in Nr. 46 und 47 unserer Zeitung erschienenen Artikel veranlaßt, wird vielleicht in den Reihen unserer Kollegenschaft eine ganz gesunde Diskussion einsetzen. Denn früher oder später wird jedenfalls in jeder Organisation dieses Thema etwas breiter behandelt werden müssen. Ich erinnere nur an den Kampf um die „Neutralität", der vor längerer Zeit im Organ des Buchdruckerverbandes entbrannt war. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die von dem Kollegen A. R. geforderte „Neutralität" bei jedem Gewerkschaftler eigentlich längst zu dem alten Eisen gehören sollte. Die Verhältnisse haben sich im Laufe der Zeit so geändert, daß ein nur auf rein gewerkschaftlichem Standpunkt stehender Arbeiter einfach ein Unding ist. Welchen Wert hätte unsere Arbeit z. B., wenn wir auf der einen Seite 1 Mk. Lohn pro Woche mehr erringen, und auf der anderen Seite mit der größten Gemütsruhe zusehen, wie uns die Lebensmittel um 2 Mk. verteuert werden. Ich meine, eine solche Gewerkschaftstaktik würden wir lieber an den Nagel hängen. Sehen wir uns doch einmal die Organisationen der Unternehmer aller Schattierungen an; überall finden wir, daß dieselben einen politischen Einfluß zu gewinnen suchen, um ihren Profit zu vergrößern. Ein Agrarier mästet nicht nur seine Schweine, sondern er benutzt auch seine politische Macht, um einen möglichst hohen Preis für dieselben zu bekommen. Nur die lieben braven Arbeiter möchten niemand auf die Füße treten. Glauben Sie denn, Kollege A. R., daß die Unternehmer in ihrem Kampf gegen das Proletariat danach fragen, ob ihre Arbeiter rot, schwarz oder neutral sind? Da heißt es ganz einfach: „Hier Kapital — hier Arbeiter!" Deshalb glaube ich, daß die in unserer Zeitung erschienenen Artikel über die Ereignisse im Mansfeldischen den meisten Kollegen aus dem Herzen gesprochen sind. Unsere durch gewerkschaftlichen Kampf errungenen Vorteile haben erst dann einen dauernden Wert, wenn dieselben durch die Gesetzgebung festgelegt sind. Dies ist jedoch ohne politischen Einfluß einfach unmöglich. Wem jetzt noch nicht die Augen aufgehen, dem ist nicht zu helfen. Pflicht eines jeden Arbeiters und einer jeden Arbeiterin ist es, mitzuarbeiten, damit das, was durch die Macht der Verhältnisse unbedingt eintreten muß, möglichst bald eintritt, nämlich: der feste Zusammenschluß des gesamten Proletariats zu einer undurchdringlichen Mauer, an der sich die Hüter der kapitalistischen Weltordnung endlich den Kopf einrennen, und an der selbst Maschinengewehre nichts abbröckeln können.

E. J., Elberfeld.

## Internationales.

### Frieden in Schweden.

Im Buchbindergewerbe ist ja der grosse Kampf der schwedischen Arbeiterschaft nun schon lange beendet. Aber mit der Arbeitsgelegenheit ist es noch immer so bestellt, dass, wie in allen anderen Berufen, auch in unserem vor Zuzug gewarnt werden muss. Unsere Kollegenschaft in Schweden hat übrigens auch noch fortdauernd grosse Geldopfer zu bringen, um die kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen anderer Berufe vor der bittersten Not zu schützen. Das in der Schwedischen Arbeitgebervereinigung organisierte Unternehmertum hat sich noch immer nicht bereit gefunden, auf für die Arbeiterschaft annehmbarer Grundlage endgültig Frieden zu schliessen. Die von dem Schlichtungsbeamten Cederborg am 9. November den Parteien vorgelegten Einigungsvorschläge sind von der Landesorganisation der Gewerkschaften bis auf zwei Punkte, die Lohnherabsetzungen in der Herrenkonfektionsschneiderei betreffen, anerkannt worden. Dass in irgendeinem Industriezweig die sowieso schon zu geringen Löhne noch gekürzt werden sollten, konnten die Vertreter der Gewerkschaften um so weniger gutheissen, als man auch in Schweden seit Jahren mit einer steigenden Teuerung zu rechnen hat. Die Vorschläge des Schlichtungsbeamten beziehen sich in ihrem zweiten Teil auf die Schaffung einer Verhandlungsordnung, die dazu dienen soll, in Zukunft dem Ausbruch von Lohnkämpfen in den verschiedenen Berufen vorzubeugen. Die Verhandlungsordnung selbst soll, nach dem Vorschlage Cederborgs, erst durch spätere Verhandlungen zwischen der Landesorganisation und der Arbeitgebervereinigung festgestellt werden. Inzwischen sollen die Parteien jedoch bestimmte Grundsätze anerkennen, namentlich den, dass die Arbeitgeber das Recht haben, die Arbeit zu leiten und zu verteilen, und Arbeiter anzunehmen und zu entlassen, sowie den Grundsatz, dass das Koalitionsrecht von beiden Seiten respektiert wird. Diese Vorschläge gehen nun den Arbeitgebern, insofern es sich um ihre Interessen handelt, nicht weit genug. Sie möchten offenbar schon von vornherein Bestimmungen festgelegt haben, die den Arbeitern das Streiken überhaupt unmöglich machen. Darauf kann die Arbeiterschaft selbstverständlich nicht eingehen, und die Verhandlungen sind denn auch jetzt wieder einmal als gescheitert anzusehen.

Die Arbeitgebervereinigung hat jedoch gleichzeitig beschlossen, die Aussperrung in der Eisenhüttenindustrie aufzuheben, und damit in dieser Hinsicht den Rückzug angetreten, so dass der grosse Kampf sein Ende erreicht hat. Dies ist besonders für die sogenannte mechanische Werkstattindustrie von Wichtigkeit, die Eisenwaren und Maschinen produziert. In dieser Industrie, die sich an der Aussperrung nicht beteiligte, aber bis zum 6. September infolge des Massenstreiks nicht arbeiten konnte, drohte der Mangel an Roheisen eine neue Arbeitsstockung herbeizuführen. Beginnen nun die Eisenhütten wieder zu produzieren, so ist damit auch jener Industrie geholfen. Jedenfalls aber zeigt dieser Beschluss der Arbeitgebervereinigung, dass man nun doch zu der Einsicht gelangt ist, wie unmöglich es ist, die Arbeiterschaft und ihre Organisation zu vernichten. Uebrigens sind schwedische Arbeiter in den letzten Wochen in solchen Massen ausgewandert, dass das Unternehmertum mit gutem Grund befürchtet, schliesslich, besonders wenn die flotten Geschäftszeiten kommen, unter einem starken Mangel an Arbeitskräften leiden zu müssen.

* * *

**Der Anschluss der American Federation of Labour an das internationale Sekretariat der Gewerkschaften.** Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands teilt uns folgendes mit:

Der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen erhielt heute (Sonnabend, 20. November) von dem Präsidenten der American Federation of Labour ein Telegramm aus Toronto des Inhaltes:

„Die American Federation of Labour hat den Anschluss an das internationale Sekretariat beschlossen, Gompers."

Mit dieser vollendeten Tatsache dürfte nunmehr allen Auseinandersetzungen für und wider den amerikanischen Bund und Gompers der Boden entzogen sein. Was die Generalkommission erstrebt — ein enges Band um die grossen Brüderverbände der Gewerkschaften zweier Welten zu schliessen —, das ist erreicht worden. Die Gewerkschaften und alle, die ihnen zur Seite stehen, werden diesen erfreulichen Abschluss der Verhandlungen mit grosser Genugtuung begrüssen. Fortan wird in jedem Lande die Gewerkschaftsbewegung dem Arbeiter ein Stück Heimat und Daseinsschutz bieten, und mit vereinten Kräften wird sie den Kampf gegen das weltumspannende Kapital aufnehmen — diesseits wie jenseits des Ozeans.

**Die Gewerkschaftsbewegung in Japan.** Seit kurzem erscheint in Chicago (Nordamerika) in englischer und japanischer Sprache ein Gewerkschaftsblatt „Der Arbeiter", das kürzlich eine kurze Uebersicht über den augenblicklichen Stand der gewerkschaftlichen Bewegung jenes Inselreichs brachte. Besondere Fachgewerkschaften bestanden in Japan schon seit dem Jahre 1886. Sie wurden auch im allgemeinen von der Regierung geduldet — bis zum Jahre 1900. Bis dahin waren die Ideen des konservativen Politikers Yastro Shinagawa, der, ganz nach europäischem Muster, die Interessengemeinschaft von Unternehmern und der Arbeiterklasse betonte, in der Gewerkschaftsbewegung massgebend gewesen. Von diesem Geiste war auch die bedeutendste Fachorganisation, die der Buchdrucker in Tokio, wie manche andere beseelt. In einzelnen Gegenden erlangten diese Verbände recht grosse Ausdehnung, so dass sogar einzelne Lokalbehörden den ihnen unterstellten Arbeitern den Beitritt zwangsweise auferlegten. Um das Jahr 1900 begann jedoch der sozialistische Gedanke in Arbeiterkreisen an Boden zu gewinnen. Schon 1905 wurden zwei von den alten Einflüssen unabhängige Organisationen der Bergarbeiter gegründet, die sehr bald zu grosser Bedeutung gelangten, eine grosse Anzahl von Streiks und Boykotts durchführten, bei denen es wiederholt zu blutigen Zusammenstössen mit der Polizei und der Soldateska kam. Auch in manchen anderen Berufen hat die Bewegung trotz aller Unterdrückungsversuche von Unternehmern und Regierung festen Fuss gefasst. Die modernen gewerkschaftlichen Ideen stehen in dieser jungen Bewegung den rein syndikalistischen gegenüber.

## Ernst Glaubig †

Am Sonntag, den 21. November, verschied unser Kollege Ernst Glaubig-Leipzig im 52. Lebensjahre. Mit dem Dahingegangenen ist wieder einer aus den Reihen unserer Alten geschieden, die schon in den 70er Jahren der Organisation angehörten und unter schwierigen Verhältnissen den Grund legten, auf dem sich der Fachverein und später der Verband entwickeln konnte. 1880 gehörte Ernst Glaubig dem Vorstand der damals gegründeten Reiseunterstützungskasse an und ist seit dieser Zeit ununterbrochen ein zuverlässiger und unermüdlicher Förderer des Organisationsgedankens gewesen. Als Mitglied der Leipziger Tarifkommission entfaltete er in den Jahren 1896/1897 eine ganz besonders aufopferungsvolle Tätigkeit. Ernst Glaubig war keine Kampfnatur, selten nur hat er sich an den Wortgefechten in den Versammlungen beteiligt, und doch ist sein stilles und uneigennütziges Wirken jederzeit dankbar anerkannt worden. Unser Glaubig war mit einem goldenen Humor ausgestattet, der ihn selbst in den Tagen seiner Krankheit nicht verlassen hat und mit dem er seinen Mitarbeitern das Zusammenarbeiten mit ihm freundlich und angenehm gestaltete. Wir verlieren in ihm einen charaktervollen, treuen Freund und Kollegen, dessen Andenken in Leipzig und über dessen Grenzen hinaus in Ehren gehalten werden wird.

## Korrespondenzen.

**Deutschland: Zuzug nach Bielefeld, Krefeld und Magdeburg ist streng fernzuhalten.**

**Schweden: Ganz Schweden ist gesperrt.**

**Ungarn: Ueber die Lederwarenfabrik in Raab und Kaschau ist die Sperre verhängt.**

**Oesterreich: Nach Brünn (Mähren) und Innsbruck (Tirol) ist Zuzug strengstens fernzuhalten.**

**Schweiz: Biel ist für alle Berufsangehörigen gesperrt.**

**Kroatien: Zuzug nach Agram ist fernzuhalten.**

**Serbien ist gesperrt.**

**Krefeld.** Die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle tagte am Mittwoch, den 17. November, und erstattete in ihr zunächst Kollege Bauer den Geschäftsbericht vom dritten Quartal, nach dem 3 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen sowie mehrere Kommissionssitzungen stattgefunden haben. Der Bestand an männlichen Mitgliedern hob sich von 142 auf 147, die Zahl der organisierten Kolleginnen sank von 10 auf 8, so daß am Quartalsschluß 190 Mitglieder vorhanden waren. Nach dem Kassenbericht hatte die Verbandskasse eine Einnahme von 1146,40 Mk. und eine Ausgabe von 538,98 Mk., so daß 607,42 Mk. Bestand verblieben. Die Lokalkasse vereinnahmte 1242,01 Mk. und verausgabte 441,02 Mk., so daß am Quartalsschluß ihr 800,99 Mk. Bestand verblieben. Der Kassierer wurde entlastet. — Die gegenwärtige Situation des Streiks behandelte Kollege Bauer und führte dabei aus, daß die augenblickliche Lage nicht ungünstig sei, jedoch sei bedenklich, daß in einem Betrieb, der sonst 32 Gehilfen beschäftigt, 19 Lehrlinge arbeiten, von denen einige ihre Lehrzeit beinahe vollendet haben, denn damit könne der Arbeitgeber sich schon eine Zeitlang über Wasser halten. Es ist nun unsere erste Pflicht, dafür zu sorgen, daß wir die älteren Jungen, und zwar mit Hilfe deren Eltern, dort herausbekommen, dann können die anderen schon von selbst nichts machen. Die Arbeitgeber hegen den Wunsch, uns als Antwort auf unseren neuen Tarif auch ihrerseits einen neuen Tarif vorzuschlagen, und bleibt es abzuwarten, ob derselbe auch unseren Wünschen entspricht. Redner machte ferner noch bekannt, daß das hiesige Gewerkschaftskartell uns im Kampfe für die Folge mit Rat und Tat zur Seite stehen wird, was jedenfalls nicht von der Hand zu weisen ist. Kollege B. Groenhoff schloß sich seinem Vorredner an und betonte, daß es doch ein leichtes wäre, die Adressen der Jungen zu besorgen, damit auch dort vorgegangen werden könne. In der Filiale der Firma M. Meyer in Neuß wurde versucht, Streikarbeit anfertigen zu lassen, doch haben sich die dortigen Kollegen mit uns solidarisch erklärt. Große Entrüstung rief ein Artikel des „Aachener Volksfreund" hervor, wonach Verbandsmitglieder Streikbrecher sein sollten. Redner betonte ferner, daß der gegenwärtige Kampf eine Belastungsprobe für die Zahlstelle sei, und für die Zukunft sei entscheidend, wie sich ihre Mitglieder in ihm bewähren. Möge ein jeder auf dem Posten sein. — Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde beschlossen, die Krankenkassenbeiträge vorschußweise aus der Lokalkasse zu bestreiten und des ferneren 300 Mk. auszuwerfen für außerordentliche Unterstützungen an besonders bedürftige Kollegen. Ein Antrag, der die am Streik nicht beteiligten Kollegen verpflichten sollte, pro Woche 1 Mk. Extrasteuer zu zahlen, wurde mit der Abänderung angenommen, daß diesen eine freiwillige Extrasteuer auferlegt wurde. Bekanntgegeben wurde dann noch, daß das Zigarrengeschäft des Kollegen Rademacher weder für die Kollegen noch für sonstige Arbeiter als Einkaufsquelle in Betracht kommen könne, da Rademacher als Streikbrecher arbeitet. Die Herbergen müssen allerorts kontrolliert werden, denn es wurde festgestellt, daß die Arbeitgeber in diesen auf den Streikbrecherfang ausgehen.

**Stettin.** Die Lohnbewegung beschäftigte eine gut besuchte Versammlung der hiesigen Kollegen und Kolleginnen, die am 20. November im Gewerkschaftshaus tagte. Es galt die Entscheidung darüber zu fällen, ob nachstehende Forderungen den Unternehmern vorgelegt werden sollen. Der aufgestellte Tarifentwurf verlangt die 9stündige Arbeitszeit, die auf acht Stunden an Sonnabenden und Vorabenden der gesetzlichen Festtage zu ermäßigen ist. Als Minimallohn wird gefordert für Gehilfen pro Woche 24 Mk. Spezialarbeiter (Presser, Goldschnittmacher, Marmorierer, Beschneider) erhalten 25 Mk. Gehilfen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit kann, wenn sie das Arbeitsverhältnis beim Lehrherrn fortsetzen, 18 Mk. gezahlt werden. Nach dem ersten Jahre oder beim Wechsel der Arbeitsstelle tritt der Minimallohn für Gehilfen in Kraft. Akkordarbeiten sind nach dem „Leipziger Tarif" zu entlohnen. Hilfsarbeitern ist, wenn sie Gehilfenarbeit verrichten, der gleiche Lohn wie Gehilfen zu zahlen. Arbeiterinnen, die noch nicht in der Buchbinderei beschäftigt waren, sollen erhalten 7 Mk. pro Woche, nach einem halben Jahre 8,50 Mk., nach einem Jahre 10 Mk. Für Arbeiterinnen an der Heft- und Falzmaschine wird 12 Mk. pro Woche verlangt. Ferner wird verlangt, daß die gesetzlichen Feiertage den in Wochenlohn stehenden Arbeitern und Arbeiterinnen bezahlt werden, mit der Einschränkung, daß, wer tags darauf ohne Entschuldigung von der Arbeit fernbleibt, den Anspruch auf Bezahlung der vorangegangenen Feiertage verliert. Für Ueberstunden sind die ersten 2 Stunden 25 Prozent, für jede weitere 33⅓ Proz., für Sonn- und Feiertagsarbeit 50 Proz. Aufschlag pro Stunde gefordert. Bei 2 Ueberstunden soll eine Pause von 15 Minuten eintreten. Für Gehilfen, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, die bereits den Minimallohn haben, wird bei Inkrafttreten dieses Tarifes 1 Mk. Lohnerhöhung pro Woche gefordert. Der Tarif soll mit dem 1. Januar 1910 in Kraft treten und mit dem 31. August 1912 enden. Es verlangt derselbe weiterhin, daß Arbeiterinnen außer an Heft- und Falzmaschinen allein ohne Gehilfen an Maschinen nicht beschäftigt werden dürfen, und ferner: Gehilfenarbeit darf von Arbeiterinnen nicht verrichtet werden. Unter Gehilfenarbeit ist folgende Arbeit zu verstehen: Vorrichten, Fertigmachen, Broschieren, Decken und Futterale machen. — Kollege Kloth vom Verbandsvorstand bewies in seinem Referat, daß unsere Forderungen, den augenblicklich teueren Zeiten entsprechend, in jeder Weise gerechtfertigt seien. Wenn man bedenkt, daß bei den hiesigen Großstadtverhältnissen noch ein Lohnminimum von 21 Mk. bestehe, so ist das geradezu beschämend. Es war die höchste Zeit, daß der Ablaufstermin des alten Tarifs herankam, der von den Kollegen der Zahlstelle schon sehnsüchtig herbeigewünscht wurde. Unter anderem führte Kollege Kloth an, wie verhältnismäßig gering die Löhne der Arbeiterinnen den anderen Städten gegenüber sind. Um den Arbeitgebern die Gelegenheit zu nehmen, Gehilfen möglichst auszuschalten, sind die besonderen Bestimmungen in dem Tarif mit aufgenommen worden. Sonst stehen auch die Stettiner Kollegen auf dem Standpunkt: „Gleiche Arbeit, gleichen Lohn!" Durch folgende Resolution, welche einstimmige Annahme fand, gaben die Anwesenden ihrer Meinung Ausdruck:

„Die in der heutigen öffentlichen Versammlung anwesenden Buchbinder, Buchbinderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sind mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie fordern von der gewählten Lohnkommission, in Anbetracht, daß die hiesigen Kollegen geschlossen hinter derselben stehen, dahin zu wirken, daß die Arbeitgeber den vorgelegten Tarif ohne Abstrich anerkennen. Gleichzeitig verpflichten sich die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß die noch fernstehenden Kollegen bis auf den letzten Mann für den Verband gewonnen werden."

In die Tarifkommission wurden folgende Kollegen gewählt: Walter, Callies, Fechner, Grebenstein und Koblitz. Nachdem Kollege Kloth in seinem Schlußwort die Anwesenden aufforderte, kräftig zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Magdeburg.** Unsere Lohnbewegung hat nun zu dem Ergebnis geführt, daß mit den hauptsächlich in Betracht kommenden Firmen ein Tarifvertrag zum Abschluß gekommen ist, der mit Bezug auf die künftige Entlohnung der Kollegen und Kolleginnen zwar hinter den zunächst aufgestellten und gewiß berechtigten Forderungen wesentlich zurückbleibt, dessen allgemeine Einführung aber doch für die hiesige Kollegenschaft einen guten Schritt vorwärts bedeuten wird. In der letzten öffentlichen Versammlung, die am 15. November stattfand und die noch stärker wie alle vorhergehenden besucht war, erstattete die die Verhandlungen mit den Prinzipalen führende Kommission den Bericht. Leider ist es nicht gelungen, die in voriger Nummer unserer Zeitung mitgeteilten Minimallöhne für Gehilfen noch zu erhöhen, so daß der reguläre Minimallohn von 24,30 Mk. bestehen bleibt. Für Buchbindereiarbeiterinnen ist der Minimallohn in gleicher Höhe vereinbart, wie das für die Buchdruckereihilfsarbeiterinnen der Fall ist. Danach beträgt der Minimallohn für ungeübte in den Beruf eintretende Arbeiterinnen pro Woche 6 Mk. und steigt vierteljährlich um 75 Pf., so daß nach einem Jahre der für geübte Arbeiterinnen geltende Minimallohn von 9 Mk. erreicht wird, der sich auch weiter pro Vierteljahr um 75 Pf. bis auf 10,50 Mk. erhöht. Geübte Maschinenarbeiterinnen, die bereits ½ Jahr an der betreffenden Maschine gearbeitet haben, erhalten einen Minimallohn von 11,50 Mk. Die geforderte 5 Prozent-Lohnzulage für alle Lohnarbeiter und -arbeiterinnen, die den Minimallohn bereits haben, ist zwar nicht sogleich, wohl aber für den 1. Januar 1911 zugesagt.

Weiter sind noch Bestimmungen zur Regelung der Akkordarbeit vorgesehen. Gesetzliche und vom Geschäft angeordnete Feiertage sollen bezahlt werden und für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit soll eine Mehrentschädigung von 25 bezw. 33⅓ Proz. erfolgen, wie das bisher auch schon der Fall war. Die Einsetzung ständiger Arbeiterausschüsse für alle Betriebe, in denen mehr wie drei Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden, und die Bildung eines Schiedsgerichts sollen die Durchführung und Einhaltung der tariflichen Bestimmungen sichern. Die Tarifdauer ist vom 1. Januar 1910 bis 31. Dezember 1912 angesetzt.

Obgleich, wie schon gesagt, das Ergebnis der Verhandlungen hinter den gehegten Erwartungen wesentlich zurückgeblieben ist, glaubte die Kommission unter Berücksichtigung aller örtlichen Verhältnisse, die Annahme der getroffenen Vereinbarungen empfehlen zu sollen, nachdem die Verwaltung und die Vertrauensmännerversammlung dem ebenfalls zugestimmt hatte. Auch aus der Mitte der Versammlung wurde die Annahme der Vereinbarung empfohlen, und schließlich fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der zwar die niedrige Ansetzung der Minimallöhne bedauert, aber doch die Annahme der Vereinbarung ausgesprochen wird, um wenigstens erst einmal eine feste Grundlage für gleichmäßige Entlohnung und ein festes Tarifverhältnis für Magdeburg zu schaffen. Gleichzeitig erklärte es die Versammlung für eine Ehrenpflicht der gesamten Kollegenschaft, den Tarif nunmehr aber auch in allen Betrieben Magdeburgs zur Einführung zu bringen, und richtete an alle dem Verbande noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen die dringende Mahnung, sich unverzüglich der Organisation anzuschließen, um eben die Einführung des Tarifs in allen hiesigen Betrieben zu sichern. Mit einem Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband fand die imposante Versammlung ihren Abschluß.

**Berlin.** Das Rundschreiben des Vorstandes des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer hatte auch bei einzelnen Berliner Buchbindereifirmen zu der Annahme geführt, daß ab 1. November bei Vorrichtearbeiten, sofern dieselben von Arbeiterinnen hergestellt werden, ein Abzug von 20 Proz. erlaubt sei. Deshalb wandte sich die Tarifkommission in einem Schreiben an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes zwecks Einberufung einer gemeinsamen Vorstandssitzung, um ein für allemal festzulegen, daß jene Leipziger Lokalabmachungen auf keinen Fall auf Berlin übertragen werden dürfen. Die Kommission erhielt nun unter dem 11. November folgendes Schreiben:

„An die Tarifkommission der Buchbinder,
z. H. des Herrn Otto Wienicke.

Sehr geehrter Herr! In Beantwortung Ihres Schreibens vom 7. d. M. muß ich Ihnen mitteilen, daß Sie sich in einer falschen Annahme befinden, da ich an der Hand des mir zugegangenen Rundschreibens festgestellt habe, das nur Leipziger Betriebe gemeint sind, was ausdrücklich hervorgehoben ist. Ich habe mit den Herren unseres Vorstandes Rücksprache genommen, und sehen wir von der Einberufung einer gemeinsamen Vorstandssitzung ab, da kein Zweifel darüber besteht, daß die Angelegenheit sich für Berlin nicht versteht.

Hochachtungsvoll
Verband Berliner Buchbindereibesitzer
gez.: C. Metschke."

Damit ist unumwunden ausgesprochen, was in der gewünschten Sitzung auch nur hätte ausgesprochen

werden können. Wir können mit der Antwort durchaus zufrieden sein, wollen aber nicht unterlassen, zu sagen, daß es gerade ein Verbandsbuchbindereibetrieb war, welcher etwas anderes aus dem Rundschreiben herausgelesen hatte, als wie der Vorstand des Verbandes Berliner Buchbindereibesitzer. An unseren Kollegen und Kolleginnen wird es nun liegen, streng darüber zu wachen, daß von den üblen Leipziger Gepflogenheiten nichts auf Berlin übertragen wird. Die Organisationsleitung wird es auf alle Fälle an der notwendigen Energie nach dieser Richtung hin nicht fehlen lassen.

**Brieg.** Eine außerordentliche Versammlung, zu der auch die unorganisierten Kollegen eingeladen, aber nur in geringer Zahl erschienen waren, tagte hier am 13. November unter Leitung des Gaubevollmächtigten, Kollegen Volkmann. Ueber: „Der Nutzen des Verbandes und die Agitation in unserer Zahlstelle" referierte in ihr Gauleiter Kollege Würzberger. Eine rege Diskussion über die fernere Agitation in unserer Zahlstelle schloß sich dem Vortrag an.

**Halle.** Am 13. November fand unsere Generalversammlung vom 3. Quartal statt. Den Kassenbericht gab Kollege Nagel. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Hierauf gab Kollege Müller den Bericht über das Ergebnis unserer bisherigen Hausagitation. Er führte aus, daß wir bisher durch öffentliche und Werkstubenversammlungen keinen Erfolg hatten. Auch die im letzten Frühjahr betriebene Hausagitation unter den älteren Kollegen hatte nur einen kleinen Erfolg. Diesmal wandten wir uns an die jüngeren und weiblichen Kollegen. Unsere Mühe ward reichlich belohnt, indem wir an vier Sonntagen 6 männliche und 30 weibliche Mitglieder gewannen. Unser Bestand ist nunmehr auf 52 männliche und 30 weibliche Mitglieder angewachsen. An der Agitation beteiligten sich nur 6 Kollegen. Es wäre zu wünschen, daß noch viel mehr Kollegen an dieser Arbeit teilnähmen, der Erfolg bleibt uns sicher nicht aus. Den recht zahlreich erschienenen neuen Mitgliedern führte Kollege Müller vor Augen, welche Vorteile sie sich durch den Beitritt zu unserem Verband sicherten, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie recht treue und tüchtige Mitkämpfer für unseren Verband werden möchten. — An der Debatte über den Kartellbericht des Kollegen Brandt beteiligten sich die Kollegen Nitzsche, Schneider und Kathner. Es drehte sich diese in der Hauptsache um den weiteren Ausbau der Zentralbibliothek und die Veranstaltungen des Bildungsausschusses, welche einen besseren Besuch haben könnten. Kollege Müller erstattete dann Bericht von einer Anklage, welche wir im Anschluß an die öffentliche Versammlung am 18. September (Referent Kollege Kloth) erhalten haben. Die Versammlung wurde von der Polizei als eine politische angesehen, obwohl sie nur zur Gewinnung neuer Mitglieder, also als rein gewerkschaftliche in Betracht kam. Alle vom Kollegen Müller und seinem Rechtsbeistand angeführten Gegengründe halfen nichts. Kollege Müller wurde im Namen des Königs laut § 18 des Vereinsgesetzes betreffs Unterlassung einer schriftlichen Anmeldung der Versammlung zu 5 Mk. Geldstrafe oder 1 Tag Haft verurteilt. Wir können uns mit diesem Urteil nicht zufrieden geben und warten deshalb ab, wie sich die Sache weiter entwickelt. Ferner wurde mitgeteilt, daß unsere Zahlstelle vom 1. Januar 1910 zu Gau 9 gehören wird. Zu dem am 30. Januar 1919 im Volkspark stattfindenden Vergnügen wurde eine Kommission von 11 Personen gewählt. Kollege Nitzsche wies auf den Artikel in Nr. 46 betreffs der Gewerbeordnung hin und forderte auf, auch hier am Orte auf die strikte Einhaltung der neuen Bestimmungen zu achten. Zum Schluß forderte Kollege Müller alle Anwesenden auf, für die nächste Versammlung, in welcher Kollege Zinke-Leipzig referieren wird, in den Kollegenkreisen recht lebhaft zu agitieren. Er schließt danach die seit langer Zeit einmal außergewöhnlich gut besuchte Versammlung.

**Kattowitz.** Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tagte hier am 14. November und hielt in ihr Gauleiter Kollege Würzberger-Berlin ein Referat über: „Die deutschen Gewerkschaften", in dem er insbesondere die Entwickelung unserer Organisation schilderte und seinen Zuhörern die Vorteile der freien Gewerkschaften gegenüber den anderen Organisationsgruppen klarlegte. Er schloß mit der beherzigenswerten Mahnung, treu zum Verband zu halten und für dessen Ausbau unermüdlich zu sorgen. Lebhafter Beifall lohnte den Redner. Nachdem Würzberger noch einige Fragen beantwortet hatte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Die Versammlungsteilnehmer vereinigten sich darauf noch zu einem Ausflug nach der russischen Grenze. Den auswärtigen, insbesondere den Gleiwitzer Kollegen sei auch an dieser Stelle dringend nahegelegt, den Veranstaltungen der Zahlstelle mehr Interesse entgegenzubringen, denn nur durch den festen Zusammenschluß aller Kollegen wird auch in unserem Industriegebiet die weitere Ausbreitung unserer Organisation gesichert.

**München.** Eine Besichtigung der Hof- und Staatsbibliothek unternahmen am 14. November die hiesigen Kollegen unter der liebenswürdigen Führung des Herrn Direktor Dr. Schnorr v. Carolsfeld. Vor dem Rundgang hielt dieser einen kurzen Vortrag, in dem er ausführte, daß die Bibliothek über 2 Millionen Bücher umfasse, deren Wert auch nicht annähernd geschätzt werden könne. In 77 Sälen, zu denen Besucher im allgemeinen keinen Zutritt haben, ist diese Büchermasse untergebracht. Vom Staate wird die Bibliothek mit jährlich 100 000 Mk. subventioniert, davon werden 25 000 Mark für das Einbinden der Bücher verwendet. Beschäftigt werden 12 Buchbindermeister, die mit den Preisen sehr zufrieden seien. (Die Gehilfen hören und spüren jedoch immer das Gegenteil. D. B.) Die Arbeiten werden immer in einer Zeit vergeben, in der das Gewerbe im allgemeinen flaue Zeit hat, um so zu verhindern, daß tüchtige Gehilfen entlassen werden müssen, und damit die Handwerker auch im Sommer über Beschäftigung haben. An diese Erklärung schloß sich ein 1½stündiger Rundgang, der die Kollegen sehr befriedigte. An dieser Stelle wollen wir nicht unterlassen, Herrn Direktor Dr. Schnorr v. Carolsfeld nochmals unseren besten Dank für seine liebenswürdige Führung auszusprechen.

## Rundschau.

**Eine folgenschwere Benzolexplosion** ereignete sich in früher Morgenstunde am verflossenen Montag in dem Fabrikraum der Maschinen- und Kartonnagenwerke in der Reinickendorfer Straße zu Berlin. Bei der Firma werden hauptsächlich Papphüllen für Geschosse hergestellt, die mit Benzol wasserdicht gemacht werden. Verbotswidrig war in dem Trockenraum auch ein offener Gasofen angebracht und als an dem Unglücksmorgen der Werkmeister Schmidt eine Kanne mit 25 Kilogramm Benzol mit nach dem Trockenraum nahm und dieses in den Tränkbehälter goß, wurde hierbei anscheinend etwas verschüttet, so daß Benzoldämpfe an der Flamme des Gasofens sich entzünden konnten. Kurz nach 7½ Uhr erfolgte die Explosion und gewaltige Stichflammen setzten alles Erreichbare in Brand. Der Trockenraum bildete im Nu ein einziges Flammenmeer, aus dem die dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in wilder Panik mit Mühe und Not nur flüchten konnten. Der Kollege Thiele wurde durch Stichflammen an Kopf, Brust und Armen so schwer verbrannt, daß er nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte, und der Werkmeister Schmidt stand in eine Flammensäule gehüllt auf der Treppe, als einige Arbeiter ihn bemerkten und mit Tüchern die Flammen erstickten. Die erlittenen Brandwunden waren so erheblich, daß der Unglückliche die Nacht darauf im Virchowkrankenhaus starb. Als nach halbstündigem Mühen die Feuerwehr den Brand erstickt hatte, fand sie in dem Arbeitssaal noch einige vollständig verkohlte Leichenteile. Wie festgestellt wurde, hatte die jugendliche Kollegin Selma Schäfer, die erst 14 Tage in dem Betrieb arbeitete, dort einen frühen Tod gefunden. Der Brandschaden ist nicht erheblich. Verbandsmitglieder sind bei dem bedauerlichen Unglück nicht beteiligt gewesen, da die Firma nicht tariflich bezahlt.

**Die Arbeitslosen-Zuschußkasse für Buchbinder und verwandte Berufe der Zahlstelle Berlin** hielt am 16. November in den Berliner „Rittersälen" ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Wienicke, berichtete, daß das erste Geschäftsjahr durchaus den Erwartungen entsprochen habe, welche man bei Gründung des Unternehmens sich gestellt habe. Ohne Agitation hätten sich 600 Kollegen der Kasse angeschlossen. Wenn man berücksichtige, daß gerade die Buchbindereiarbeiterschaft es war, welche bei Einführung des Extrabeitrages zur Stärkung der Verbandskasse sich in den Vordergrund gedrängt habe und trotz des erhöhten Beitrages eine solch stattliche Zahl sich in der Zuschußkasse habe aufnehmen lassen, müsse doch sicher auch ein Bedürfnis dafür vorhanden sein. Auch die finanziellen Verhältnisse seien durchaus gute, betrage doch der gegenwärtige Kassenbestand 2620,21 Mk. Eine längere Diskussion verursachte ein Antrag der Ortsverwaltung des Verbandes auf Umgestaltung der Kassenorganisation. Die Ortsverwaltung wünscht, daß die Leitung der Kasse in die Hände der Ortsverwaltung gelegt werden möge. Dagegen sprachen sich jedoch alle Redner aus, weil dadurch eine Mehrarbeit für die derzeitigen Angestellten entstehen würde, so daß es sich schließlich notwendig machen würde, einen fünften Verbandsbeamten für Berlin anzustellen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute, am 16. November, in den „Rittersälen" tagende Generalversammlung der Arbeitslosen-Zuschußkasse nimmt Kenntnis von den Verhandlungen der Ortsverwaltung der Zahlstelle Berlin einerseits und dem Vorstand der Arbeitslosen-Zuschußkasse andererseits. Die Versammelten können dem Antrag des Kollegen Bytomski ihre Zustimmung nicht geben, erblicken auch sonst keine Notwendigkeit zu einer Veränderung der derzeitigen Organisationsform. Die Versammlung erwartet vielmehr, daß alle Mitglieder der Zahlstelle Berlin, soweit es ihre Mittel erlauben, der Arbeitslosen-Zuschußkasse beitreten."

In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Wienicke, erster Vorsitzender; Herzog, zweiter Vorsitzender; Seemann, Kassierer; Galisch, Fritsche, Kühne und Lüdicke als Beisitzer; als Revisoren der Kollege Jünemann und die Kollegin Schallert.

(Wir bedauern, daß in dieser Generalversammlung die Wünsche der Berliner Ortsverwaltung nicht die gebührende Berücksichtigung fanden und hoffen, daß späterhin ein wünschenswerter Ausgleich stattfindet. Organisationen, die innerhalb der Organisation entstehen, müssen es der Leitung derjenigen Organisation, aus der sie erwuchsen, zu jeder Zeit ermöglichen, bestimmend eingreifen zu können, wenn nicht bösartige Reibungen entstehen sollen. Die Redaktion.)

**„Liberté".** Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Zahlstelle Berlin vereinigten sich im vorigen Jahre drei am Ort bestehende Gesangvereine unserer Kollegen zu einem größeren Chor. Nach dem Stiftungsfeste sollte derselbe wieder aufgelöst werden. Da man aber nun die Vorzüge eines großen Chors kennen gelernt hatte, so wurde der Wunsch rege, das Provisorische zum Ständigen zu machen. Wie überall, so auch hier, waren Eigenbrödler, die einen kleinen Verein einem großen vorzogen. Jedoch war bei der Mehrheit der drei Vereine der Einigungsgedanke vorherrschend. So entstand dann der Gesangvereine „Liberté". Sein letztes Konzert, daß am Totensonntag in Happoldts Konzertsaal veranstaltet wurde, legte Zeugnis davon ab, daß unsere sangesfreudigen Kollegen unter der energischen Leitung ihres Chormeisters P. A. Joseph vorzügliches leisten. Mit dem Bundeslied „Sehnsucht" und Winklers „Walhall" können sie mit manch anderem Verein in Wettbewerb treten, ebenso mit dem humoristischen Liedchen „Tanz und Gesang" und dem „Volkswiegenlied" von P. A. Joseph. Das in all seinen Teilen wohlgelungene Konzert erfreute sich darum auch mit Recht eines so zahlreichen Besuches, daß der große Saal und seine Nebenräume den Gästen kaum Raum bieten konnte. Möge der schöne Erfolg bewirken, daß die Sangeskundigen unter unseren Berliner Kollegen sich vollzählig der „Liberté" anschließen, statt noch fernerhin bürgerlichen Vereinen nachzulaufen.

**Unterstützung der Schmutzkonkurrenz durch die Stadtgemeinde Göppingen.** Die Adreßbücher der Stadt Göppingen wurden dieser Tage im Submissionsverfahren dem Mindestfordernden zum Einbinden übergeben. Der Brave hatte 25 Pf. pro Stück gefordert, während der nächste 35 und fünf weitere Buchbindermeister 45 Pf. verlangten.

**Kampfstimmung bei den Offenbacher Lederwarenfabrikanten.** Die Vereinigung der Lederwaren- und Reiseartikelfabrikanten in Offenbach am Main hat, im Gegensatz zu der Berliner, ein stimmig beschlossen, die Streikversicherung einzuführen. Demzufolge wurde der Vorstand ermächtigt, wegen des Anschlusses sämtlicher Mitglieder der Vereinigung an die „Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen" heranzutreten. Dieser Beschluß gewinnt erst besondere Bedeutung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Juni 1911 das Vertragsverhältnis, an dem alle Unternehmer und mehr als 6000 organisierten Arbeitern interessiert sind, abläuft, und die Unternehmer den Vorsatz gefaßt haben, wegen der enormen Belastung durch Einhaltung des Tarifvertrages, diesen nicht mehr zu erneuern. Vor allen Dingen wollen sie jede Einschränkung der Heimarbeit und des Zwischenmeistersystems verhindern. In der Ausschußsitzung im August d. J. zu Frankfurt a. M. hat der Zentralvorsitzende, Syndikus Schloßmacher, betont, daß er sein Amt niederlegen muß, sobald die Streikversicherung abgelehnt wird. An einer anderen Stelle hat er ausdrücklich hervorgehoben, „daß die Heimarbeit und das Zwischenmeistersystem eine Lebensfrage für die Portefeuilleindustrie ist, die sie nur auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig erhalten kann. Auch bietet die Heimarbeit und das Zwischenmeistersystem den Verlegern die Möglichkeit, ohne Fabrikbetrieb ein lohnendes Geschäft zu machen". Die Unternehmer finden eine schwere Belastung darin, daß die Akkordlohntarife aushängen sollen, wonach den Heimarbeitern die gleichen Löhne wie den Fabrikarbeitern bezahlt werden müssen. Auch wollen sie auf die Dauer nicht mehr die Kontrolle übernehmen, daß auch die von ihnen beschäftigten Zwischenmeister die vertraglichen Verpflichtungen einhalten. Diese zwei

prinzipiellen Arbeiterforderungen würden bei ihrer Ablehnung im Vorjahre zu einer allgemeinen Arbeitseinstellung geführt haben. Jetzt halten die Unternehmer die Zeit für gekommen, wegen Beseitigung dieser tariflichen Bestimmungen mit den Arbeitern einen offenen Kampf zu wagen. Mögen darum auch die Arbeiter zum Kampfe rüsten.

**Arbeiter als Geschworene.** Für die kommende Schwurgerichtsperiode wurde auch unser Kollege Georg Baade in München als Geschworener ausgelost.

**Streik pommerscher Dienstknechte.** In Woltin bei Greifenhagen a. Oder (nahe Stettin) ist ein Streik der Dienstknechte ausgebrochen. Die Großbauern, sämtlich im landwirtschaftlichen Verein organisiert, haben beschlossen, den Knechten den jährlichen Lohn auf 270 Mk. zu kürzen statt der 300 bis 330 Mk., die man ihnen jetzt zahlt. Sodann wollen sie Beginn und Schluß des Dienstjahres auf Neujahr verlegen, während der Dienstwechsel jetzt landesüblich auf Martini fällt. Den Vorteil von der Neuerung hätten natürlich die Herren Agrarier, die zu Neujahr, wenn die Knechte nirgends anders mehr unterkommen könnten, die Löhne noch mehr drücken könnten. Deshalb verzichtete der größte Teil der Knechte, unter diesen Bedingungen weiter zu dienen, und die „Herren" sind jetzt ohne männliche Hilfsarbeiter.

**Der 10. Verbandstag der Mühlenarbeiter** wird von dem Vorstand des Verbandes auf den 14. Mai 1910 nach München einberufen. Als den wichtigsten Punkt enthält seine Tagesordnung die Verschmelzung des Verbandes mit dem Bäcker- und Konditorenverband oder dem Brauereiarbeiterverband.

**Ein neues Arbeiterheim.** Das langjährige Streben der Altenburger Gewerkschaften nach einem eigenen Heim ist nun in Erfüllung gegangen: ein Gewerkschaftshaus wurde dort eröffnet. Es befindet sich in dem 200 Jahre alten, großen Gasthof Rautenkranz in der Hillgasse, in dem die Zahlstelle unseres Verbandes viele Jahre lang früher schon tagte. Der alte Bau ist völlig umgeändert und erneuert worden. Der Konsumverein hat das Grundstück erworben, der in den unteren Räumen Verkaufsläden mit Fleischereibetrieb einrichtete, und die Räume der 1. und 2. Etage der „Genossenschaft Gewerkschaftsheim zum Rautenkranz" abtrat. Es soll der Arbeiterschaft als Stätte ernster Arbeit und froher Erholung dienen und den Kameraden, die von des Schicksals Tücke auf der Landstraße umher getrieben werden, gute Unterkunft gewähren. Nach des Tages Mühen und nach den Enttäuschungen auf der Suche nach Arbeit haben sie nun ein Heim, wo sie sich ungezwungen bewegen können, freundliche Aufnahme und Unterhaltung mit Gleichgesinnten finden werden. Die Mittel zur Verwirklichung des Planes sind in kurzer Zeit aufgebracht worden, und zwar nur von der organisierten Arbeiterschaft Altenburgs, so daß das Heim fest und unabhängig dasteht.

## Adressenänderungen.

**Oertliche Bevollmächtigte.**

**Bochum.** W. Frin, Grabenstr. 5.

## Briefkasten.

**A. B. Z.** Ihr Gedicht ist unbrauchbar.

Welcher Kollege kann auf folgende Frage Antwort geben: Welchen Klebstoff benutzt man zum Aufkleben der Buchschilder auf abwaschbare Leinewand, da Leim und Kleister abspringt?

# ANZEIGEN


**Deutscher Buchbinder-Verband.**

**Zahlstelle Düsseldorf.**

Am Samstag, den 20. d. Mts. verschied nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege

**Karl ten Maaf**

aus **Emmerich**, im Alter von 29 Jahren.

Wir verlieren in ihm einen aufrichtigen und treuen Anhänger unserer Sache und werden ihm ein bleibendes Andenken bewahren.

**Die Ortsverwaltung.**

**Junger tüchtiger**

**Buchbinder**

per sofort gesucht von **L. Bartenstein, Gerstungen, Thüringen.**

18 Jahre bestehende **Papierhandlung** ist sofort sehr preiswert geg. Barzahlung zu verkauf. Besond. günstig für Buchbinder. Aufr. unter **E. J. 56**, Berlin, Postamt 21.

**Große Geschäftsbücherfabrik**

sucht einen **tüchtigen Einrichter** und einen **zuverlässigen Leimer** auf dauernde und gut bezahlte Stellung.

Nur solche Buchbinder, die schon länger auf gleichen Posten gearbeitet haben, wollen Offerte mit Zeugnissen und Gehaltsansprüchen richten unter Chiffre **W. F. 26** an die Expedition d. Blattes.

**Patzenhofer Ausschank!**

**Weißbier-Lokal, Billard, Vereinszimmer** fassend 30—40 Personen. **Echten Breslauer Korn, echten Wermut. Speisen und Getränke in bekannter Güte.**

**Eugen Lenk**

**Schönleinstr. 7, am Hohenstaufenplatz genannt Zickenplatz.**

**Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe zu Berlin.**

**Delegiertenwahl.**

Am **Sonntag, den 5. Dezember** findet im **Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15,** im Kassenlokale, die

**Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder**

zur Generalversammlung statt. **Zu wählen sind 304 Vertreter. Die Wahl findet in der Zeit von 10 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags statt.**

Am **Montag, den 6. Dezember, abends von 7 bis 9 Uhr,** findet im **Restaurant Laege, Oranienstr. 126,** die

**Wahl der Vertreter der Arbeitgeber**

statt. **Zu wählen sind 139 Vertreter.**

**Wahlberechtigt** und wählbar sind gemäß §§ 48 und 49 des Kassenstatuts alle großjährigen Mitglieder.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

**Der Vorstand.**

**Bernh. Jost,** Vorsitzender. **Carl Gottesmann,** Schriftführer.

**Gesangverein „Liberté", Berlin**

**M. d. D. A.-S. B.** **Chormeister: Herr P. A. Joseph.**

**Sonntag, den 5. Dezember 1909**

**Gemütlicher Abend**

**im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15**

Gesangsvorträge :: Tanz
Humoristische Vorträge

Einlaß 5 Uhr. Eintritt inkl. Tanz 30 Pf.

**Gelegenheitskauf.**

Hebelschneidemaschine, 51 cm Schnittlänge, mit oder ohne Untergestell, so gut wie neu, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

**Karl Bidlingmeyer,** G. m. b. H., Maschinenfabrik, **Altbach a. N.** (Württ.).

**Alt Gold, Kehrgold, Gummi, Watte usw.** kauft zu hohen Preisen, Kasse sofort, **Willy Thiele, Leipzig-Entr.,** Geibelstr. 11.

**Buchbindereibedarf**

Papier- u. Lederwaren
Kostenfreier
Arbeitsnachweis für Buchbinder

**O. Th. Winckler, Leipzig**

Wichtig für **jedes** Verbandsmitglied:

**Handbuch**

für die

**Bevollmächtigten des Deutschen Buchbinder-Verbandes.**

Preis für Mitglieder 1 Mk. (Porto 20 Pf. extra); für Nichtmitglieder 4 Mk. Zu beziehen durch die Exped. der Buchb.-Ztg.

Aus dem **Vorwort:** „Das Handbuch versucht, alle die Zweifel zu lösen, welche sich den Bevollmächtigten bei Erfüllung ihrer Pflichten in rein verwaltungstechnischen Fragen aufdrängen; aber in ebenso hohem Maße soll es ihnen zugleich ein Ratgeber sein für alle Aufgaben, die unmittelbar mit ihrer sonstigen Tätigkeit zusammenhängen."

Jedes Verbandsmitglied, welches sich über die internen Arbeiten und Aufgaben der Organisation zweifelsfrei orientieren will, vertiefe sich in den Inhalt des Handbuches.

**Der Klebstoff der Zukunft!**

Das **Beste, Rationellste,** weil im Gebrauch **Billigste** für die gesamten Klebstoffe verarbeitenden Industrien und Gewerbe ist die neue, in 22 Staaten patentierte, in den grössten Werken erprobte, von Fachleuten glänzend begutachtete

**Reis-Eiweiss-Stärke „PROTAMOL" in Mehlform**

Fordern Sie Prospekte von der

**I. Triester Reisschälfabriks-Akt.-Ges., Triest**

bezw. deren Generalvertreter **Carl Cordes, Magdeburg**


Herausgegeben vom Verband durch Emil Kloth, Berlin. — Verantwortlich für die Redaktion: Stephan Heise, Berlin S. 59, Kottbuserdamm 231.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.